

# die internationale

MAGAZIN DER INTERNATIONALEN SOZIALISTISCHEN ORGANISATION



WIR ZAHLEN NICHT FÜR  
EURE KRISEN UND KRIEGE!

Texte von der 4. Bundeskonferenz der ISO  
September 2022

## INHALT

<i>Bericht über die 4. Bundeskonferenz der ISO</i> <b>Weiter vor großen Herausforderungen</b> .....	<b>3</b>
<i>Resolution der Bundeskonferenz</i> <b>Wir zahlen nicht für eure Krisen und Kriege!</b> .....	<b>6</b>
<i>Resolutionsentwurf für die Bundeskonferenz</i> <b>Die zentrale Herausforderung der klassenpolitischen Lage in den Blick nehmen, Jakob und Jürgen</b> .....	<b>10</b>
<i>Beitrag für die Bundeskonferenz</i> <b>Gedanken zur politischen Resolution: Vier zentrale Aufgaben einer revolutionären Organisation in der heutigen Zeit, Ortsgruppe Kassel</b> .....	<b>15</b>
<i>Resolution der Bundeskonferenz</i> <b>Gesundheitskämpfe, Pandemie und Staatsversagen</b> .....	<b>16</b>
<i>Resolution der Bundeskonferenz</i> <b>Solidarität mit dem Widerstand in der Ukraine und der russischen Antikriegsbewegung! Stoppt den Krieg!</b> .....	<b>22</b>
<i>Resolutionsentwurf für die Bundeskonferenz</i> <b>Der kriegstreibenden Propaganda widerstehen Waffenlieferungen ablehnen und den sozialen Widerstand stützen, Ortsgruppe Mainz/Wiesbaden</b> .....	<b>27</b>
<i>Resolution der Bundeskonferenz</i> <b>Es geht nicht um Strafe, sondern um Verhaltensänderung – Über den Umgang mit geschlechtsspezifischer Gewalt in der ISO</b> .....	<b>31</b>
<b>Beschluss zur Einrichtung einer Vertrauenskommission im Aufbau</b> .....	<b>35</b>

## IMPRESSUM

*die internationale* wird herausgegeben von der Internationalen Sozialistischen Organisation (ISO, Deutschland), in Zusammenarbeit mit Genoss\*innen der Sozialistischen Alternative (SOAL, Österreich) und der Bewegung für den Sozialismus (BFS/MPS, Schweiz).

*die internationale* erscheint zweimonatlich. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben den Standpunkt und die Meinung der Autor\*innen wieder.

Redaktion:  
Wilfried Dubois, Jochen Herzog,  
Björn Mertens, Paul Michel, Heinrich  
Neuhaus, Jakob Schäfer, Michael Weis  
(V.i.S.d.P.)

Abonnements:

- Einzelpreis: EUR 5,-  
CHF 6,-
- Jahresabo: EUR 25,-
- Doppelabo (je 2 Hefte): EUR 35,-
- Solidarabo: ab EUR 40,-
- Sozialabo: EUR 15,-
- Probeabo (3 Hefte): EUR 10,-
- Auslandsabo: EUR 40,-

[www.intersoz.org](http://www.intersoz.org)

Verlag, Verwaltung & Vertrieb:  
die internationale  
c/o ISO, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln  
Vertrieb:  
[internationale-vertrieb@intersoz.org](mailto:internationale-vertrieb@intersoz.org)

Gestaltungskonzept: Tom Bogen

Kontaktadressen:

- Deutschland:  
ISO,  
[iso@intersoz.org](mailto:iso@intersoz.org),  
<https://intersoz.org/>
- Österreich:  
SOAL, Sozialistische Alternative,  
[office@soal.at](mailto:office@soal.at),  
<https://soal.at/>

- Schweiz:  
BFS/MPS, [info@bfs-zh.ch](mailto:info@bfs-zh.ch),  
<https://sozialismus.ch/>

# Weiter vor großen Herausforderungen

## Bericht über die Bundeskonferenz 2022 der ISO

### ■ mh, mp und wi

Von allen Ortsgruppen und weiteren Orten waren Genoss:innen zur Bundeskonferenz am 17./18. September angereist, knapp ein Drittel der Mitglieder war anwesend. Wir haben Corona-Schutzmaßnahmen ernst genommen – aber nach einer langen Phase von Zoom-Konferenzen endlich wieder in direktem Kontakt miteinander diskutieren zu können, war uns wichtig.

### Vorbereitungsprozess

Die Konferenz wurde zum ersten Mal mit einer Vielzahl von digitalen Meetings vorbereitet: Ab Februar boten sie unseren Genoss:innen die Möglichkeit zur kollektiven Beratung über verschiedene Arbeits- und Themenfelder.

Wir müssen eingestehen, dass die Vorbereitung unter dem Eindruck der Folgen der Pandemie, der komplizierten internationalen Entwicklungen, die durch den Krieg in der Ukraine ausgelöst wurde, und der Notwendigkeit, sich in die beginnenden Kämpfe gegen die Preissteigerungen einzumischen, unzulänglich blieb. Andererseits können wir sehen, dass wir in der ISO auf einen reichen, vielseitigen Erfahrungsschatz zurückgreifen können.

### Herausforderungen

Dies stellt zugleich eine Herausforderung dar: Wie schaffen wir es, diese Erfahrungen für diejenigen – innerhalb und außerhalb der ISO – fruchtbar zu machen, die jetzt in der vordersten Linie der Bewegungen und betrieblichen und sozialen Kämpfe stehen? Die älter werdenden Mitglieder sind sich bewusst, dass ein Generationswechsel ansteht und trotzdem sorgfältig vorzubereiten ist und bewältigt werden will. Dies trifft insbesondere auf einen unserer wichtigsten Schwerpunkte zu: die Arbeit in Betrieben und Gewerkschaften. Wir sehen es aber auch nicht nur als eine Herausforderung, sondern auch als Chance für uns selbst und die Organisation insgesamt.

In der Organisation stehen wir auch immer wieder vor der Herausforderung, mit einer Vielfalt von Meinungen zu taktischen Fragen und Schwerpunktsetzungen umzugehen.

Uns ist bewusst, dass es in dieser Hinsicht in der Pandemie und zum Ukrainekrieg einige problematische Entscheidungen gab; gelegentlich konnten wir für die Positionierung der Organisation keine breite Einheit erreichen. Die neu gewählte Koordination (das wichtigste Leitungsorgan zwischen den Bundeskonferenzen) steht vor der Aufgabe, unseren eigenen Ansprüchen für den Umgang mit Differenzen besser gerecht zu werden.

### Vierte Internationale

Léon aus Paris war als Repräsentant des Sekretariats der Vierten Internationale eingeladen, an der Konferenz teilzunehmen. Er berichtete über die Planungen für den nächsten Weltkongress, der unter anderem ein ökosozialistisches Manifest beschließen wird, das unter breiter internationaler Beteiligung gründlich diskutiert werden soll. Eine lebhafteste Debatte beschäftigte sich mit Fragen, wie die Internationale nicht zuletzt in Europa nützlicher und sichtbarer in Erscheinung treten und was die deutsche Organisation mit ihren bescheidenen Mitteln dazu beitragen kann.

### Debatten über die politische Lage

In der Einschätzung der allgemeinen Lage, der Auswirkungen der Pandemie, der Preissteigerungen, der Lage der linken gesellschaftlichen Kräfte, der Ausrichtung der prokapitalistischen Regierungspolitik und der Unzulänglichkeiten offizieller Gewerkschaftspolitik haben wir in Einzelfragen verschiedene Meinungen. Unterschiede bestehen auch in der Schwerpunktsetzung, was für die arbeitende Klasse, deren Bewusstseinsbildung und für unsere politische Praxis wichtiger oder nicht ganz so zentral ist. Ein Vergleich und Austausch darüber, was wo gemacht wird, zeigt aber auch, dass wir alle ziemlich eng zusammen und „am Puls“ des gesellschaftlichen Geschehens sind.

Die Resolution zur politischen Lage mit der Überschrift „Wir zahlen nicht für eure Krisen und Kriege!“ wurde mehrheitlich angenommen; einer Minderheit hat für einen alternativen Entwurf gestimmt.

Die Vorlage „Gesundheitskämpfe, Pandemie und Staatsversagen“ befasste sich mit der Corona-Politik der Herrschenden und unseren fundierten Alternativen. Auch diese Resolution erhielt die Mehrheit der auf Konferenz abgegebenen Stimmen.

### **Krieg in der Ukraine und „Zeitenwende“ bei uns**

Eine Grußadresse an die Konferenz der ukrainischen sozialistischen Organisation Sozialny Ruch (Soziale Bewegung), die ebenfalls am 17. September stattfand, wurde am Samstagmorgen per Akklamation beschlossen.

In der Frage der Beurteilung des Ukraine-Krieges und dessen, was daraus folgt, sind wir allerdings weiterhin unterschiedlicher Meinung. Wir haben jetzt zwar eine Beschlusslage, aber es ist offenkundig, dass unter uns weiter Diskussions- und Klärungsbedarf besteht.

Es wurden zwei Entwürfe zur Debatte gestellt. Der Text mit der Überschrift „Solidarität mit dem Widerstand in der Ukraine und der russischen Antikriegsbewegung! Stoppt den Krieg!“ war aus einem längeren Diskussionsprozess hervorgegangen und von einer Mehrheit der ausgehenden Koordination (des Leitungsorgans zwischen den Bundeskonferenzen) eingebracht wurde, er wurde mehrheitlich angenommen. Ein anderer Text war von einer Ortsgruppe vorgelegt worden, eine größere Minderheit stimmte dafür, aber eine Mehrheit dagegen.

In der angenommenen Resolution ist die folgende Passage enthalten: „wir fordern die sofortige Einstellung der Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine, da sie das Potential haben, den Krieg zu eskalieren und eine unkontrollierbare Dynamik auszulösen“. Hierzu gab es den Antrag auf ersatzlose Streichung, mit der Begründung, dass unter denen, die den übrigen Text unterstützen, hierzu deutliche Meinungsverschiedenheiten bestehen und dass mit solch einer Änderung das, worüber Einigkeit besteht, besser zum Ausdruck kommt. Dieser Änderungsantrag ist abgelehnt worden.

Die Arbeit in und gegenüber der Partei DIE LINKE  
Bei einer zweitägigen Konferenz, die ja in Wirklichkeit nur ungefähr zwei halbe Tage dauert, können nicht alle Fragen in der Ausführlichkeit besprochen werden, wie sich die eine oder der andere das wünscht. Die Debatte um die Lage der Partei DIE LINKE ist sicher solch ein Punkt. Wir sind uns einig darin, dass die Lage der Partei ausgesprochen kritisch ist und der Ausgang ihrer weiteren Entwicklung offen und ungewiss ist. Wir sind uns auch einig, dass unsere Genoss\*innen in der Partei mehr und besser zusammenarbeiten sollten. Die Arbeit in und mit der Antikapitalistischen

Linken (AKL) und der Bewegungslinken (BL) einerseits und der Zusammenarbeit beider Strömungen andererseits sowie die Teilnahme an praktischen Aktivitäten der Partei DIE LINKE sind und bleiben unsere Schwerpunkte.

### **Organisationsaufbau**

Wir sind bisher stabil durch die Corona-Pandemie gekommen, allerdings ist das notwendige und wünschenswerte Wachstum der Organisation nicht so eingetreten, wie wir es uns erhofft hatten. Die Bundeskonferenz führte eine niveauvolle, wenn auch zu kurze Diskussion darüber, wie die Konzentration auf den Aufbau und Ausbau von Ortsgruppen umgesetzt werden kann, als Basis, um diese stürmischen Zeiten bestmöglich zu nutzen.

Wir werden, ausgehend von den Diskussionen auf der Konferenz, weiter darüber reden müssen, wie wir die folgenden Aufgaben „unter einen Hut“ bekommen:

- Gewinnung der fortschrittlichsten Menschen aus der arbeitenden Klasse;
- Arbeit nach außen und eigene Aktivitäten, die sich an die arbeitende Klasse als solche (im Betrieb, im Stadtteil usw.) richten, zu entwickeln;
- in zentralen Arbeitsfeldern konkrete Aufgabenstellungen und Zielsetzungen zu entwickeln;
- Nutzung der Möglichkeiten, in örtlichen, regionalen, bundesweiten Bündnissen mit anderen konstruktiv zusammenzuarbeiten, ohne unsere eigene Aufbauarbeit zu vernachlässigen.

Wir führen weiter eine Diskussion über das Verhältnis zwischen der Arbeit gegenüber der Masse der Arbeiter:innen und der Gewinnung und Ausbildung von Kadern sowie Bildungsarbeit.

Unbestritten sehen wir unsere vorrangige Rolle in der deutschen radikalen Linken darin, die Interessen der arbeitenden Klasse mit der weltweiten Klimagerechtigkeitsbewegung und umgekehrt miteinander zu verknüpfen, statt sie gegeneinander auszuspielen.

### **Vorhaben zum Organisationsaufbau**

Vier Vorlagen zum Organisationsaufbau, die zur Abstimmung gestellt wurden, plus einige weitere Beiträge zeigten, dass wir noch weit davon entfernt sind, ein überzeugendes Aufbaukonzept entwickelt zu haben, in dem sich alle oder fast alle Mitglieder wiederfinden können. Diese Lücke zu füllen, wird eine Hauptaufgabe der Organisation in den kommenden Jahren sein.

Die neu gewählte Koordination hat die Aufgabe, mit jeder Ortsgruppe und den Mitgliedern, die alleine oder zu zweit am Ort sind, einen Plan zu entwickeln, wie in den nächsten Jahren ein Projekt vor Ort umgesetzt werden soll und welche Anforderungen sich daraus an die Leitung stellen.

Wir werden weiterhin jährlich die Ökosozialistische Konferenz als festen Höhepunkt nach innen und außen durchführen.

Wir streben an, unsere zentralen Arbeitsgruppen zu stärken, ggf. neue einzurichten, damit die vor Ort praktisch arbeitenden Genoss\*innen sich besser austauschen, vernetzen und mit mehr Gemeinsamkeiten auftreten können. Neben dem Ortsgruppenaufbau und im Zusammenhang damit arbeiten wir an einer Verjüngung der Organisation und ihrer Gremien.

Große Einigkeit herrschte in der Vorbereitung auf einen möglicherweise notwendig werdenden Umgang mit sexualisierter Gewalt und patriarchalem Machtmissbrauch.

In der Debatte wurde deutlich, dass die Mitgliedschaft es einhellig begrüßt, dass die Organisation sich jetzt schon auf solche schwerwiegenden Probleme einstellt, ohne dass derzeit in den eigenen Reihen ein konkreter „Fall“ existieren würde. Der Text „Es geht nicht um Strafe, sondern um Verhaltensänderung – Über den Umgang mit geschlechtsspezifischer Gewalt“ wurde ohne Gegenstimmen angenommen; die Einrichtung einer neuen „Vertrauenskommission im Aufbau“ beschlossen, die sich mit sexualisierter Gewalt und patriarchalem Machtmissbrauch in der Organisation befassen soll.

Wir wissen, dass wir vor großen Herausforderungen stehen – ebenso wie die gesamte politische und soziale Linke und die Gewerkschaftsbewegung. Auf der Bundeskonferenz haben wir erste Schritte besprochen, wie wir in Zukunft mit mehr Gemeinsamkeit versuchen wollen, diesen Herausforderungen gerecht zu werden.



# Wir zahlen nicht für eure Krisen und Kriege!

## Resolution der Bundeskonferenz

Die politische, ökonomische, soziale und kulturelle Zukunft der jungen Generationen wird von multiplen, existenzbedrohenden Erscheinungsformen der globalen Krise des kapitalistischen Systems geprägt, die ihre Ursache in der enormen Zuspitzung der globalen innerkapitalistischen Widersprüche haben. Zu nennen sind u.a. die dauerhafte Überproduktionskrise; der verschärfte Klassenkampf von oben und die dadurch noch mehr vertiefte soziale Spaltung; die Klimakatastrophe; die Pandemie und die große Verunsicherung, die sie mit sich bringt; der innerimperialistische Kampf um die Kontrolle über die Weltordnung und die Ausplünderung der letzten Ressourcen der Erde bis hin zu Kriegen; die massiven Fluchtbewegungen ...

Der Krieg in der Ukraine bündelt alle diese Krisen in einer einzigen gewalttätig-regressiven Bewegung. Auch die europäischen Länder, die nicht unmittelbar am Krieg beteiligt sind, erleben gerade eine riesige Rolle rückwärts in vielen Bereichen: die Energiewende wird außer Kraft gesetzt; die Schuldenbremse gerissen und dennoch aufrechterhalten, um die multiplen Krisenlasten auch späteren Generationen noch aufbürden zu können; die Entspannungspolitik gegenüber Russland, die jahrzehntelang in der einen oder anderen Weise die deutsche Außenpolitik geprägt hat, wurde über Nacht über den Haufen geworfen und ist einem neuen Kalten Krieg gegen Russland gewichen.

Allen Protesten gegen den 100 Milliarden schweren Rüstungsfonds zum Trotz lassen sich die Gewerkschaftsführungen vor den Karren angeblicher „nationaler Interessen“ spannen, und die Flüchtlingspolitik hat derzeit nur deshalb teilweise ein etwas weniger hässliches Antlitz, weil sich die deutsche Wirtschaft und die politisch Verantwortlichen vom Zuzug Hunderttausender Ukrainer:innen eine Entlastung auf dem Arbeitsmarkt durch billige, zugleich qualifizierte Arbeitskräfte insbesondere in Dienstleistungsbereichen versprechen.

Dieser Krieg hat begonnen, die globalen wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen zwischen den NATO-Ländern auf der einen und Russland/China auf der anderen Seite neu zu ordnen. Auch die deutsche Außen- und Wirtschaftspolitik gerät unter den Druck, sich US-amerikanischen Interessen unterzuordnen und von der

Konfrontation mit dem eurasischen Block bestimmen zu lassen.

Für die Länder des Südens hat dies noch unabsehbare Folgen. Einige von ihnen bekommen die Auswirkungen des Krieges durch die Unterbrechung der Lieferung von Energie und Weizen sehr direkt zu spüren, andere versuchen, sich dem Druck zur Blockbildung zu entziehen – z.B. indem sie die Sanktionspolitik der USA nicht mitmachen.

**1** Eine Zeitenwende, fürwahr. Sie wird nicht nur herbeigeredet und -geschrieben, sie wird auch handfest herbeigeführt. Die berechtigte Empörung über den russischen Angriff auf die Ukraine wird national aufgeladen und umgemünzt in einen antirussischen Feldzug. Das Ziel der NATO ist nicht, dass wir den Ukrainer:innen zu Hilfe kommen, ihr Ziel ist, Russland zu bestrafen, „unfähig zu machen, nochmal einen Krieg führen zu können“ (wie es aus dem Weißen Haus heißt), oder gar kurzerhand „die russische Wirtschaft zu zerstören“ (wie die EU-Kommissionspräsidentin sagt).

Die USA haben eine traurige Bilanz bei der Zerstörung von Staaten aufzuweisen. Das innenpolitische Begleitprogramm zu dieser falschen Hilfe für die Ukraine ist die Hetze gegen alles, was im zivilen Bereich noch russisch ist, die Verteufelung jedes besonnenen Einwurfs, der zur Verständigung mit Russland mahnt, bis hin zu Meinungszensur wie sie im Bereich „Antisemitismus“ seit Jahren praktiziert wird. So wird der Feind auch im Inneren aufgebaut, autoritäres Regieren ausgebaut; neben explodierenden Militärausgaben gibt es auch eine ideologische Militarisierung der Gesellschaft.

Für die wirtschaftlich schwer angeschlagene Weltmacht USA ist der russische Überfall auf die Ukraine ein Göttergeschenk. Er leitet eine neue Phase der Hochrüstung ein, die den Kampf mit China final zugunsten der NATO entscheiden soll. Es wird erwogen, die NATO von einem Militärbündnis zu einem weltumspannenden Wirtschafts- bündnis zu machen, eventuell basierend auf so etwas wie einem globalen Freihandelsabkommen der Länder des Nordens. Solche Entscheidungen bedeuten unmissverständlich, dass nunmehr alle Politikfelder aller NATO-Mitglieder dem Ziel, den globalen Konkurrenzkampf mit China zu gewinnen, unterzuordnen sind. Für Sonderwege wie einer

Verständigung mit Russland, der Behauptung einer eigenständigen europäischen Politik, aber auch dem Abschied von fossilen Energien ist da kein Platz.

**2** Der herrschenden Klasse gibt diese neue Konstellation neuen Auftrieb. Zunächst einmal bremst die kriegsrische Entwicklung den kapitalistischen Weg zu einem ökosozialen Umbau aus, zu dem die neue Regierung angetreten war. Erneuerbare Energien gelten jetzt endgültig als „zusätzlich“ zu den fossilen, Kohlemeiler, die zur Stilllegung vorgesehen waren, werden weiterbetrieben, evtl. stillgelegte sollen wieder in Betrieb genommen werden. Auch die Rückkehr zur Atomkraft wird wieder gefordert. Das 1,5-Grad-Ziel ist kein ernsthaftes Politikziel, schon gar nicht das vorrangige.

Der herrschenden Klasse bieten sich goldene Gelegenheiten für Extraprofite. Dabei wird der Krieg für allen Unbill verantwortlich gemacht, den die Bevölkerung erleiden soll, allen voran die maßlosen Preissteigerungen.

Die Explosion der Nahrungsmittelpreise hat rein gar nichts mit einer realen Verknappung zu tun – im Gegenteil, die Bestände sind so hoch wie seit langem nicht mehr; sie hat rein spekulativen Charakter: teils werden Bestände künstlich gehortet, teils wird an den Finanzmärkten schlicht auf Preissteigerungen gewettet. Auf der Energieseite bewirken die Sanktionen und die russischen Gegenmaßnahmen zwar eine spürbare Senkung der Gaslieferungen. Ein Grund für die anvisierten drastischen Einsparverordnungen und Abwägung der steigenden Energiepreise auf die privaten Haushalte ist das nicht. Wie eine Studie errechnet hat, wäre es ohne weiteres möglich, Biogasanlagen ans Gasnetz anzuschließen, damit könnten die Gasspeicher für den Winter gefüllt werden. Der Strom, den sie bislang erzeugt haben, ließe sich leicht durch ein beschleunigtes Windkraftprogramm ersetzen. Es ist richtig, dass Energie eingespart werden muss. Das geht aber nicht ohne Tempolimits und mit der Forcierung weiterer individueller Pkw-Mobilität. Das funktioniert nicht ohne gesellschaftlich geplante ökologische Energieversorgung und ohne Auflagen für nachhaltige Produkte. Von all dem unternimmt die Ampelregierung nichts. Stattdessen sieht Lindners „Entlastungspaket“ mal wieder vorrangig steuerliche Entlastungen für die Besserverdienenden vor.

Wie schon bei der Pandemie mangelt es an staatlichen Vorgaben, die ein forciertes ökologisches Umsteuern und eine Verteilung der Lasten von unten nach oben beinhalten. Der Bevölkerung werden dadurch „Sachzwänge“

vorgegaukelt, die es real nicht gibt. Die Inflation folgt einer Profit-Preis-Spirale, die unterbunden werden muss – z. B. durch eine Art Tobinsteuer auf Transaktionen auf Warenterminmärkten. Auch hier gilt es, das Übel an der Wurzel zu packen und nicht nur, unerträgliche Belastungen für einfache Haushalte abzuwehren.

Die Wurzel einer sozial gerechten Klimapolitik aber ist die Umorientierung der gesamten Produktionsweise auf Bedürfnisorientierung und Nachhaltigkeit. Dass dazu Eingriffe in die privatwirtschaftliche Verfügungsgewalt erforderlich sind, muss in Bezug auf die Klimapolitik genauso deutlich werden wie Deutsche Wohnen Enteignen dies in Bezug auf die Mieten geleistet hat.

**3** Das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit droht, sich unter diesen Bedingungen dramatisch zu verschlechtern. Viele Weichen sind dafür bereits gestellt:

- die umfassende Ausbreitung der „Diktatur der Zahlen“ als Methode der Unternehmensführung;
- die zunehmende Digitalisierung der Arbeit und im Konsum- und Privatbereich ermöglicht eine weitere Ausbeutung und Atomisierung der Arbeiterklasse, ihre noch stärkere Unterwerfung unter angebliche technische Zwänge (Algorithmen) und eine zunehmende Überwachung ihrer Tätigkeiten und Lebensgewohnheiten;
- die Preissteigerungen und die Versuche, ihnen durch Anhebung des Leitzinses zu begegnen, kündigen eine Rezession an;
- anhaltende, massive Fluchtbewegungen stellen ein großes Reservoir an ungeschützten Billigarbeitskräften bereit, die auf den Arbeitsmarkt drücken, während in den Herkunftsländern die qualifizierten Arbeitskräfte fehlen;
- die Privatisierung im Gesundheitswesen wird mit Hochdruck fortgesetzt, dabei werden nicht nur Kliniken angegriffen, auch Arztpraxen werden die Beute der Konzerne. Gesundheit wird systematisch Profitinteressen unterworfen und die körperliche Befindlichkeit von Menschen zugerichtet. Der Auftritt von Coronaleugner:innen ist auch ein perverser Ausdruck des Unbehagens darüber.
- In der Hochzeit des globalen neoliberalen Regimes hat die organisierte Arbeiterbewegung eine massive Schwächung erfahren. Die Akkumulation von Krisen verschärft diese Tendenz spürbar:
- die lange Phase neoliberaler Deregulierungspolitik hat die strukturellen Voraussetzungen für eine kompakte soziale Gegenwehr in den Betrieben (vor allem die Tarifbindung) stark erodiert – die Gewerkschafts-

führungen wissen dem weitgehend nichts entgegenzusetzen;

■ die verschiedenen Krisen erfordern teilweise die Anagnung hoher Kenntnisse, aber auch ein grundsätzliches Umdenken, was die eigene Lebensweise betrifft – doch die Zwänge der Lohnarbeit stehen naheliegenden Lösungen, insbesondere in Bezug auf den Klimaschutz, vermeintlich entgegen;

■ die verschiedenartigen Krisen überlappen sich zunehmend und erfordern dabei manchmal einander scheinbar widersprechende Sofortmaßnahmen.

Die Arbeiterbewegung gerät somit immer stärker in die Defensive, wofür die zunehmenden Angriffe auf gewählte Interessenvertretungen in den Betrieben ein Gradmesser sind.

An eine Rückkehr zu den „geordneten“ Verhältnissen, die wir in Deutschland vor der Wende kannten, ist spätestens seit der Finanzkrise 2008/09 nicht mehr zu denken. Die jungen Generationen haben keine Erinnerung mehr an die Zeit vor 1989, sie wachsen im Krisenmodus auf und sind auf ihn lebenslänglich abonniert. Es wächst das Bewusstsein, dass Hunger, Klimakatastrophe, Flucht, Gewalt und Kriege, Prekarität und Massenarbeitslosigkeit alle mit dem kapitalistischen Produktionssystem zu tun haben und dass wir uns dieses nicht länger leisten können. Mit dem neuen Bellizismus hat die herrschende Klasse jedoch ein Vehikel gefunden, die zunehmende Kapitalismuskritik in die Bahnen der „Verteidigung der westlichen Freiheiten“ zu lenken, worunter die – notfalls verordnete – grundsätzliche Loyalität zu EU und NATO und zur Führungsrolle der USA verstanden wird.

Der Aufbau einer internationalen Antikriegsfront – überhaupt internationalistisches Handeln – ist deshalb eine wichtige Bedingung für gesellschaftliche Fortschritte auch auf anderen Ebenen. Nur wenn wir dem Märchen folgen, die NATO würde tatsächlich Menschenrechte verteidigen, sind wir bereit, dem alles andere unterzuordnen. Es reicht aber auch nicht, sich auf ein Nein zur Aufrüstung beschränken, wir müssen aktiver als bisher alternative Entwicklungswege, und dies im internationalen Maßstab, aufzeigen.

**4** Aus allem Gesagten sollte mensch annehmen, dass dies die politische Stunde der Linken sein müsste. Dies ist aber ganz und gar nicht der Fall, weder bei uns noch in anderen europäischen Ländern. Im Gegenteil: An jeder neu auftretenden Krise zerlegen sich Linke ein weiteres Mal. Bezeichnend ist, dass die Partei Die Linke bislang kein Rezept

gefunden hat, für ihre vielen klugen Vorschläge ein Gehör bei der breiten Bevölkerung zu finden.

Gleichzeitig zeigen Bewegungen wie Fridays for Future, dass junge Generationen in der Lage sind, mit ihrer Energie und einem klaren Bewusstsein für die Bedrohungen der Zukunft Umschwünge in der politischen Meinung herbeizuführen und gesellschaftliche Kräfteverhältnisse zu verändern.

Mehr denn je kommt es für unsere Organisation darauf an, in ausgewählten Themenfeldern eine kollektive, solidarische Praxis zu entwickeln und junge Menschen für eine internationalistische ökosozialistische Perspektive zu begeistern und durch ihre Publikationen, die jährliche Ökosozialistische Konferenz und ein attraktives Bildungsangebot eine Orientierung zu geben.

Die Verkehrswende stellt einen Schwerpunkt der Aktivität der ISO dar, weil sie soziale und ökologische Fragen aufs einsichtigste bündelt. Wir unterstützen daher die Kampagne „9-Euro-Ticket weiterfahren“. Sie würde eine spürbare finanzielle Entlastung der unteren und mittleren Einkommen bringen und einen hervorragenden Beitrag zum allgemeinen Umstieg auf einen gut ausgebauten öffentlichen Nah- und Fernverkehr leisten. Wir sollten Versuchen entgegenreten, sie in Richtung eines 365-Euro-Tickets zu verwässern.

Der Kampf gegen die Preistreiberei und die Abwälzung der Kriegs- und Krisenlasten auf die unteren und mittleren Einkommen steht in den kommenden Monaten im Mittelpunkt der gesellschaftlichen Auseinandersetzung und fordert deshalb auch von uns unsere volle Aufmerksamkeit. Es ist sichtbar geworden, dass die von der Regierung vorgesehenen Entlastungsmaßnahmen die Reallohnverluste bei weitem nicht ausgleichen, die Bezieher:innen staatlicher Einkommen aber in die pure Verzweiflung treiben, während gleichzeitig die Energiekonzerne Superprofite schieffeln. Dem Vorhaben der Regierung, die privaten Haushalte mit einer Umlage auf den Gaspreis zu belasten, um den privaten Energieimporteuren die Einnahmen zu sichern, muss energisch entgegengetreten werden.

Hier sind die Gewerkschaften gefragt. Sie sind gefordert, den Kampf gegen die Teuerung aufzunehmen und nicht auf die Regierung und sogenannte „Entlastungsmaßnahmen“ zu vertrauen. Sie müssen ihre Tarifpolitik völlig neu ausrichten. Kein Tarifvertrag darf mehr abgeschlossen werden, der zu einem Reallohnverlust führt. Die Laufzeit darf nicht länger als 12 Monate sein. Die übergeordnete Ausrichtung kann nur in dem Ziel einer automatisierten Anpassung der Löhne an die Teuerung liegen.



Gegen die Preissteigerungen wird sich umso mehr Unmut aufbauen, je stärker die Bevölkerung die damit einhergehenden Belastungen als ungerecht verteilt empfindet. Es können sich spontane, auch verzweifelte und sehr radikale Proteste entwickeln. Wir begrüßen solche Bewegungen, nehmen daran teil und fördern ihre Selbstorganisation. In einer solchen Situation schlagen wir vor, dass sich solche Proteste mit Gewerkschaften und Sozialverbänden zusammenschließen, um in einer breiten Bewegung für folgende Ziele zu mobilisieren:

- Kostenloses Grundkontingent an Strom und Gas für alle privaten Haushalte, verbunden mit steigenden Preisen für Mehrverbrauch. Gewerbliche Großverbraucher sollen die gleichen Tarife zahlen wie private Verbraucher;
- Deckelung der Preise für Heizöl, Gas und Sprit für private Haushalte, verbunden mit steigenden Preisen für Mehrverbrauch;
- Fortführung des 9-Euro-Tickets als Schritt hin zu einem kostenlosen öffentlichen Personennahverkehr;
- Preisstopp für Grundnahrungsmittel und eine öffentliche Kontrolle der Preise;

- Entlastung für alle – auch für Rentner:innen, Studierende oder Erwerbslose. Die Grundsicherung muss deutlich angehoben werden.

Die derzeitige Situation der Energie- und Gasversorgung setzt die Verstaatlichung der Energiekonzerne und der Infrastruktur der Energieversorgung auf die Tagesordnung. Da sie nur die Form des Eigentums betrifft und nicht die Handlungsweise dieser Unternehmen, muss sie ergänzt werden um die Idee einer wirksamen Mitbestimmung und Kontrolle der Beschäftigten und der privaten Verbraucher.

Auch der zügige Ausbau der erneuerbaren Energiequellen ist eine wirksame politische Maßnahme gegen die Teuerung.

Auf der Bundeskonferenz der ISO mit 38 Stimmen dafür, 0 dagegen und 29 Enthaltungen angenommen



# Die zentrale Herausforderung der klassenpolitischen Lage in den Blick nehmen

Resolutionsentwurf für die Bundeskonferenz 2022\*

## I. Die objektive Lage

Die aktuell *zentralen* Fragen der klassenpolitischen Lage sind – in der Reihenfolge ihres Auftretens – die Pandemie, die Teuerung der Lebenshaltungskosten und der Krieg in der Ukraine.

Die Pandemie hat mit schonungsloser Deutlichkeit Verschiedenes aufgezeigt:

Die Zurichtung des Gesundheitssektors zu einer profitträchtigen Anlagesphäre für das Kapital geht trotz einiger beachtlicher Widerstände (vor allem in den Krankenhäusern) weiter. Die Leidtragenden sind mehr denn je die Patient\*innen und die in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen Arbeitenden. Der kapitalistische Medizinbetrieb ist das Gegenteil von vorsorgender Gesundheitspolitik. Er funktioniert nach dem Prinzip: „ihre Krankheit, unser Profit“. Deshalb sollten wir also nicht nur für bessere Personalschlüssel in den Krankenhäusern, für die Rekommunalisierung der Krankenhäuser unter der Kontrolle der Beschäftigten oder auch für die Enteignung des medizinisch-industriellen Komplexes eintreten. Oberste Maxime sollte sein, für eine Politik zu streiten, die dem von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) definierten Begriff der Gesundheit gerecht wird. Die WHO sieht in Gesundheit den „Zustand körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens“. Diese Zielsetzung überhaupt zu vermitteln, ist eine der vornehmsten Aufgaben revolutionärer Politik.

Die im letzten Jahr einsetzende und 2022 sich beschleunigende **Teuerung der Lebenshaltungskosten** sind für die Lohnabhängigen, die Empfänger\*innen von Transferzahlungen und für die Rentner\*innen eine große Belastung. Oberstes gewerkschaftliches Gebot ist es, hierauf mit konsequenter Tarifpolitik und mit politischen Kampagnen zu reagieren, aber unsere Gewerkschaften sind seit geraumer Zeit politisch abgetaucht und schließen für die abhängig Beschäftigten Tarifverträge mit beachtlichen Reallohninbußen ab, die zudem noch durch lange Laufzeiten von baldigen Korrekturen abgeschnitten sind. Unsere Gewerkschaften lassen sich – von seltenen Ausnahmen abgesehen – weiterhin von der Politik der Konfliktvermeidung, der Standortpolitik und der Wahrung der Exportinteressen der deutschen Industrie leiten. Sie benutzen damit die Beiträge ihrer Mitglieder zweckentfremdend für Funktionen, die eigentlich für die Organe des „ideellen Gesamtkapitalisten“ charakteristisch sind.

Der **Krieg in der Ukraine** hat weitreichende Folgen, die sich erst in einiger Zeit präziser werden abschätzen lassen, nicht zuletzt, weil die geopolitischen Auswirkungen weit über das aktuelle Kriegsgeschehen, die Flüchtlingsfrage und die allgemeine Versorgungslage hinausgehen. Einige der Folgen sind allerdings jetzt schon wirksam:

**a.** Unter dem Druck der allgemeinen Militarisierung sind die Gewerkschaften gerade dabei, ihre antimilitaristische Grundposition zu räumen oder zumindest aufzuweichen. Die diesbezüglichen innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen sind aber längst nicht entschieden. Der Widerstand gegen die Aufgabe antimilitaristischer Positionen hat realistische Chancen, sich zumindest mittelfristig wieder durchzusetzen. Sich hierfür zu engagieren, muss eine der wichtigsten Aufgaben klassenkämpferischer Politik in der nächsten Zeit sein.

---

\* In der Vorbereitung der diesjährigen Bundeskonferenz hatte die Koordination bis Anfang August noch keinen zusammenhängenden Text vorgelegt, der unseres Erachtens abstimmungsfähig gewesen wäre. Es war geplant, dass weitere Einzelteile erstellt werden und in einen Entwurf integriert werden sollten, was den Text u. E. unnötig aufblähte. Deshalb haben wir den hier vorliegenden Text in die Diskussion eingebracht. Unseres Erachtens hat er den großen Vorzug, dass er die zentralen Aufgaben besser herausstellt und dabei die gebotene Kürze nicht überschreitet.

**b.** Das Aufrüstungsprogramm der Bundesregierung und aller Parteien außer der LINKEN zu bremsen, wird bedeutend schwieriger sein. Hierfür gilt es breite Bündnisse der Friedensbewegung mit allen antimilitaristisch gesinnten Kräften zu schmieden. In das Programm eines antimilitaristischen Abwehrkampfes müssen Aktionen gegen die Bundeswehr an Schulen, Aktionen zivilen Ungehorsams gegen Waffenproduktionsstätten, öffentliche Gelöbnisse und dergleichen mehr – wieder – aufgenommen werden.

Der antimilitaristische Kampf muss nicht nur internationalistisch, sondern auch möglichst von Anfang an international geführt werden. Besonders das Bündnis mit den Kriegsgegner\*innen in der Ukraine und in Russland gilt es zu propagieren, wobei für uns die Zusammenarbeit mit *Sozialnyj Ruch (Soziale Bewegung)* der Ukraine und mit *Rossiskoje Sozialistischeskoje Dwischenije“ (RSD, Russländische Sozialistische Bewegung)* an oberster Stelle stehen muss.

**c.** Speziell die Finanzierung des 100-Milliarden-Aufrüstungsprogramms wird eine zentrale Frage sozialer Auseinandersetzungen werden, denn bei den Reichen wollen die Herrschenden das Geld nicht holen. Wir wissen noch nicht, wo und wie die Kosten der breiten Bevölkerung auferlegt werden sollen. Zu erwarten sind Kürzungen der Daseinsvorsorge, aber auch neue Sondersteuern (etwa ein neuer „Soli“) sind längst nicht vom Tisch. Mit Sicherheit werden sich hier Bündnisse von Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und Friedensbewegung (antimilitaristische Bewegung) schließen lassen.

Unabhängig von den militärischen Folgen wirkt sich der Krieg in der Ukraine aber auch noch auf zwei andere Ebenen aus: a.) Die Regierenden sind nicht in der Lage, die durch den Krieg entstandene Energiekrise in den Griff zu bekommen, weil sie sich – aus systemischen Gründen – natürlich weigern, in die Besitzverhältnisse einzugreifen, was die Voraussetzung für eine gesellschaftliche Steuerung und Reduzierung des Energieverbrauchs ist. b.) Falls es zu dem anvisierten Streckbetrieb der AKW kommt, könnte dies die Vorstufe zum Ausstieg aus dem Ausstieg der Atomenergie werden. Wenn es zu diesem Ausstieg aus dem Ausstieg kommt, kann das der Anlass für die Entstehung einer neuen großen Massenbewegung werden, was allerdings im Moment (Sommer 2022) noch nicht vorherzusehen ist.

## II. Und wie reagieren die Menschen auf diese Entwicklungen?

Die Herrschenden sind zwar nicht in der Lage, die sich häufenden und größer werdenden Probleme in den Griff zu bekommen (Klimawandel, Artensterben, Raubbau an Ressourcen, Vermüllung und Vergiftung von Boden, Luft und Wasser, vermehrte Zoonosen ...), aber dies hat noch nicht zum Entstehen einer massenhaften systemoppositiven aktiven Bewegung geführt.

Es wächst allerdings (wenn auch nicht in großen Schüben) die Skepsis und die Ablehnung des Systems und im Besonderen der Politik der Regierenden (ganz gleich welcher Couleur). Aber diese Skepsis oder Ablehnung ist in ihren Begründungen und Zielen diffus und teilweise sogar reaktionär (was nicht zuletzt bei den Corona-Protesten zu sehen ist). Vor allem: Es gibt keine verbreitete positive Vorstellung, wie denn die Alternative zum herrschenden System aussehen könnte. Dies ist ein Manko, das viele Linke noch nicht ausreichend erkannt haben. Hier haben Linke eine große Verantwortung und die ISO muss sich dieser Aufgabe in besonderer Weise widmen.

Gleichzeitig haben die Ereignisse im Zusammenhang mit der Pandemie, aber auch die Teuerung und der Krieg in der Ukraine auf schonungslose Weise die politische (teilweise auch die organisatorische) Ratlosigkeit, Hilflosigkeit und Systemtreue der Gewerkschaften offenbart. *Faktisch* steht die (ehemals ständische) GDL (zusammen mit anderen, kleineren Spartengewerkschaften) auf dem linken Flügel der deutschen Gewerkschaftsbewegung, was viel über die politische Verkommenheit der DGB-Gewerkschaftsapparate (mindestens der Vorstände) aussagt.

Vor diesem Hintergrund hat die Bourgeoisie (nicht nur in der BRD) im Wesentlichen ihr Programm zur Sicherung der Kapitalinteressen durchsetzen können und sie kann dies – so sieht es im Moment aus – auch in nächster Zeit noch ohne großen Widerstand tun.

Erschwerend kommt hinzu, dass sich die Kräfte auf der äußersten Rechten weiterhin gut entfalten können, nicht zuletzt, weil sie an den sozialen Verheerungen der neoliberalen Politik anknüpfen können. Die Hardcore-Faschisten sind nur ein Teil des Problems. Die AfD ist nicht einfach nur eine politische Gruppierung faschistoiden Charakters, die ansonsten isoliert wäre. Im Augenblick sieht es zwar so aus, als würde die AfD stagnieren. Sie konnte das Potential der Verschwörungsgläubigen und Corona-Leugner\*innen nicht kapitalisieren. Auch den Flüchtlingszustrom aus der Ukraine kann sie (noch) nicht für sich ausnutzen. Die AfD kann ihre Präsenz festigen,

weil sie sich auf die gefährliche Rechtstendenz in der deutschen Gesellschaft stützen kann.

Wir wollen aber auch festhalten: Wir gehen nicht von einer unaufhaltsam fortschreitenden „Faschisierung“ aus. Noch haben wir keine massive faschistische Entwicklung in der Gesellschaft. Allerdings weist die politische Rechtsentwicklung auf eine Prädisposition hin, die sehr wohl gefährlich werden könnte. Die prekarierten Schichten bieten noch keinen Boden für den Aufbau einer faschistischen oder faschistoiden Massenbewegung – zum Teil wohl auch deswegen, weil ein großer Teil der Prekarierten einen Migrationshintergrund hat. Wir sind davon überzeugt, dass die Arbeiter\*innenbewegung eine reelle Chance hat, diese Entwicklung zu stoppen, wenn sie sich ihrer Verantwortung bewusst wird. Dazu müssen wir unseren Beitrag leisten. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, die Bedeutung des Widerstandes in den Betrieben zu betonen. Denn die Verankerung in der Arbeitswelt ist ein wichtiges Ziel aller neofaschistoiden Parteien. Glücklicherweise hat die AfD keinen Durchbruch bei den BR-Wahlen erzielen können.

### III. Die Dringlichkeit des Systemwechsels erläutern

Seit geraumer Zeit schon wird die Kluft zwischen dem, was notwendig wäre, und dem, was real abläuft, immer größer. Das betrifft nicht nur den Klimawandel (wo der Menschheit in nie geahnter Weise die Zeit davonläuft), sondern auch beim Artensterben, bei der wachsenden Gefahr von Zoonosen, beim Ressourcenverbrauch usw. Hunderte von Millionen Menschen sind in bittere Armut gestürzt, während gleichzeitig die Reichen noch reicher wurden. Vor diesem Hintergrund haben auch die Flucht- und Migrationsbewegungen zugenommen. Menschen ringen ums nackte Überleben und die Regierenden verlieren keine Gedanken an die notwendige Hilfe. Im Gegenteil: Frontex übt sich im Ausbau der Festung Europa (Push-backs, Übergabe von Geflohenen an die libysche Küstenwache usw.).

Auf der Grundlage dieser Erfahrungen und überschaubarer Entwicklungen spürt ein beachtlicher Teil der Bevölkerung (in besonderem Maß die junge Generation) eine vermeintlich handlungsunwillige Politik, die in keiner Weise geeignet ist, auf die Herausforderungen der drohenden Katastrophe zu reagieren. Es muss aber klargemacht werden, dass die Politik nicht handlungsunfähig, sondern von Interessen geleitet ist, die mit denen der breiten Bevölkerung unvereinbar sind.

Mindestens genauso deutlich zeigt sich in der Reaktion der Herrschenden auf den Krieg in der Ukraine, dass ihnen die Sorgen und Nöte der Menschen schnuppe sind. Sie nut-

zen die Gelegenheit, um die Militarisierung ihrer Politik voranzutreiben. Plötzlich ist Geld da, das für die Lösung dringender gesellschaftlicher Probleme – vom Pflegenotstand über den Mangel an Lehrkräften bis zum Ausbau des ÖPNV oder einer besseren Gesundheitsversorgung – nie vorhanden war.

Aufgrund des Fehlens einer klassenkämpferischen Kraft, die eine Orientierung bieten könnte, sind auch die handlungsbereiten Menschen heute nicht in der Lage, gegen diese katastrophale Entwicklung auf der Grundlage eines alternativen Programms in einer Weise anzugehen, mit der sich breitere Kreise mobilisieren ließen.

Dies hat drei Ursachen:

- 1.) Die schlecht bis gar nicht aufgearbeiteten Erfahrungen mit den diversen gescheiterten Modellen bürokratischer Herrschaft werden nicht systematisch angegangen.
- 2.) Es gibt zwar hier und da einzelne Kämpfe, aber sie reichen noch nicht, um das Kräfteverhältnis zu verändern. Es braucht größere, anhaltende und wenigstens teilweise erfolgreiche Kämpfe, die auch wieder Mut machen, um die weit verbreitete TINA-Haltung zu überwinden.
- 3.) Es gibt einen eklatanten Mangel an Vorstellungen, wie eine nichtkapitalistische Gesellschaft aussehen und funktionieren könnte. Es fehlt an Vorstellungen, was die langfristigen Ziele sein könnten und wofür es sich zu kämpfen lohnt. Dies hat weitreichende Folgen, denn es lähmt die Menschen *auch* in ihren Kämpfen für sogenannte „Tagesforderungen“.

Was folgt daraus? Mehr denn je kommt es darauf an, drei Aufgaben zu lösen, die eng miteinander zusammenhängen:

- A. Es gilt, die ökosozialistische Konzeption einer anderen Gesellschaftsordnung so detailliert wie nur irgend möglich zu entwickeln (zu erarbeiten) und in nennenswerten Gesellschaftskreisen zu verankern. Nur wer weiß, was am Ende herauskommen soll und was – realistisch vorstellbar – eine wirkliche Alternative sein kann, wird sich auf härtere gesellschaftliche Auseinandersetzungen einlassen. Deswegen ist es unerlässlich, dass eine ökosozialistische Organisation detailliert darlegen kann, wie man von der gewinnbestimmten und entfremdenden Warenproduktion wegkommen und zu einer bedürfnisorientierten Ökonomie kommen kann. Wodurch zeichnet sich eine andere Gesellschaftsordnung aus? Wie füllen wir unsere Vorstellung von sozialer Sicherheit, von gutem Leben und vom Kampf für egalitäre Verhältnisse?

Unsere Vision muss auf verschiedenen Ebenen pädagogisch vermittelt werden. Aber sie muss auch konkret werden und solche Themen ins Zentrum stellen wie die Eigentumsfrage und die Abschaffung des Profitprinzips. Zugleich muss erklärt werden, dass die Warenproduktion (Marktwirtschaft) die Vergesellschaftung der arbeitsteiligen Produktion „hinter dem Rücken der Produzent\*innen“ vornimmt und deswegen im Widerspruch zur bedürfnisorientierten Produktion und Verteilung steht. Dem müssen wir das Konzept der gemeinsam gestalteten Vergesellschaftung von Produktion und Verteilung gegenüberstellen und verständlich machen, dass sich damit den Menschen ein unschätzbare Gewinn an Freiheit und Selbstbestimmung eröffnet. Ohne dies können wir nicht für die Durchsetzung einer anderen Produktionsweise argumentieren oder etwa – im Rahmen einer ökosozialistischen Gesellschaftsordnung – für die Freilegung anderer Bedürfnisstrukturen.

Eine ökosozialistische Organisation muss dies deswegen ins Visier nehmen, weil nur unter solchen Bedingungen überhaupt der Material- und Energiedurchsatz drastisch reduziert werden kann, was eine unabdingbare Voraussetzung für die Abwendung der Katastrophe ist. Bestandteil einer solchen Orientierung kann die Kampagne für die Fortführung des 9-Euro-Tickets (bzw. für den Nulltarif im ÖPNV) sein, denn sie hat das Potential, zu einer breiten Bewegung zu werden. Ökosozialist\*innen müssen dabei für eine umfassende Verkehrswende eintreten.

Eine ökosozialistische Gesellschaftsordnung hätte gewaltige Strahlkraft auf die Gesellschaften in anderen Ländern, noch unabhängig von der Tatsache, dass der Kampf um die Durchsetzung einer solchen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung natürlich von Anfang an eine internationale Dimension annehmen muss (also all das, was in Griechenland 2015 und danach nicht geschehen ist).

**B.** Aufgrund der drängenden Zeit gewinnt die Methode des Übergangsprogramms eine in der Geschichte noch nicht dagewesene Aktualität, ja Dringlichkeit. Diese Methode kann man theoretisch in der Weise vermitteln, wie es die Kader trotzkistischer Organisationen in vielen Teilen der Welt gelernt haben. Aber über diese Kreise hinausgehend lässt sich ein solches Programm nur im Zusammenhang tatsächlich stattfindender Kämpfe vermitteln und fruchtbar anwenden.

Eng verbunden bleiben diese beiden Ebenen (A und B) weiterhin mit einer wesentlichen Voraussetzung, um

Kräfteverhältnisse ändern zu können: Nennenswerte Kreise müssen wieder die Erfahrung von mindestens teilweise erfolgreichen Kämpfen machen. Die TINA-Einstellung wird nicht schlagartig verschwinden. Daran muss man arbeiten, auch durch eigenes Einklinken in tatsächlich stattfindende Kämpfe. Priorisierungen (welcher Kampf wichtig und welcher weniger wichtig ist) helfen da nicht weiter. Thematisch erscheinen uns die eingangs genannten drei Felder allerdings zentral.

**C.** Es gilt, eine revolutionär-sozialistische (kommunistische) Organisation aufzubauen, die sich genau dieser Aufgaben bewusst ist und sie als ihre Kernaufgabe begreift. Dies geht nach unserem Verständnis nur als Einheit von Theorie und Praxis. Hier kann die Organisation aber nur dann Fortschritte machen, wenn sie sich über die oben ausgeführte strategische Zielsetzung im Klaren ist.

### **Die drängendsten Fragen in den kommenden Monaten**

Es lässt sich nicht voraussehen, welche Wendungen und welche Weiterungen der Krieg in der Ukraine noch mit sich bringen wird. Die Eskalationsgefahr ist weiterhin sehr real und kann in wenigen Tagen alles andere überschatten. Friedenspolitik muss ein wesentlicher Bestandteil des Klassenkampfes sein. Der systemimmanente Zyklus von Zerstörung und Neuaufbau wird sich solange als Geißel der Menschheit wiederholen, bis wir ihm die Grundlage entzogen haben werden.

Davon abgesehen wird die Frage der Teuerung sowohl die allgemeinen politischen Auseinandersetzungen als auch die Diskussionen in den Betrieben und Gewerkschaften beherrschen. Schon rüstet die Gegenseite zu einer politischen Initiative, die darauf abzielt, mittels einer „konzertierten Aktion“ die Gewerkschaften ins Boot der kapitalistischen Inflationsbekämpfung zu holen. Hier werden wir auf zwei Ebenen argumentieren müssen: a.) gegen die Mär von der Lohn-Preis-Spirale (so als seien letztlich die Lohnforderungen – bzw. durchgesetzte Lohnerhöhungen – schuld an den Preissteigerungen; b.) gegen das Einknicken der Gewerkschaftsvorstände gegenüber den Forderungen von Kabinett und Kapital, was zu beträchtlichen Reallohninbußen führen wird. Eine solche Entwicklung wird unweigerlich die Tendenz verstärken, dass die Gewerkschaften von den Kolleg\*innen nur noch als nutzlose Institutionen wahrgenommen werden.

Unsere strategische Antwort auf die Frage der Teuerung ist der Kampf für die Gleitende Lohnskala (die

Piloten der *Vereinigung Cockpit* fordern einen „automatisierten Inflationsausgleich“). Genau für diese Perspektive (nicht für eine bestimmte Formulierung) gilt es in nächster Zeit in den Betrieben und in den Gewerkschaften eine gründliche und beharrliche Argumentation zu entwickeln. Als Durchsetzungsstrategie sollten wir folgenden Weg verfolgen: Zunächst dafür werben, dass der Kampf um entsprechende Tarifverträge aufgenommen wird. Später, wenn dies in einigen größeren Bereichen durchgesetzt ist, sollte man für gesetzliche Regelungen kämpfen, damit alle- also auch die Beschäftigten in tariflosen Bereichen – erfasst werden. Beispielhaft könnte das aktuell in Luxemburg angewandte Modell sein, wo auch die Renten und alle Transferzahlungen nach dem gleichen Muster erhöht werden – nämlich, wenn die

Preiserhöhungen einen bestimmten Index erreichen. Der Grund für diese Reihenfolge: Es muss allen bewusst werden, dass es auf einen aktiven Kampf derjenigen ankommt, die ausreichend Druck entfalten können. Ob für die Gleitende Lohnskala (bzw. für einen „automatisierten Inflationsausgleich“) ein Indexwert als Auslöser für die Anpassung verwendet wird oder aber (wie in Belgien) nach einem festgelegten Zeitraum die Löhne, Gehälter usw. angepasst werden, ist dabei eher zweitrangig.

Jakob und Jürgen, 7. August 2022

Auf der Bundeskonferenz der ISO mit 25 Stimmen dafür, 31 dagegen und 8 Enthaltungen abgelehnt



# Gedanken zur politischen Resolution: Vier zentrale Aufgaben einer revolutionären Organisation in der heutigen Zeit

Beitrag für die Bundeskonferenz der ISO

## ■ Ortsgruppe Kassel

### In Erwägung...

...dass wir mit einer Vielfachkrise des Kapitalismus konfrontiert sind, und die Klimakatastrophe eine Zeitkomponente einführt, sind die kommenden Jahre entscheidend. Das derzeitige Wirtschaftssystem liefert keine Antworten auf die drängenden Fragen der Zeit. Das zentrale Moment des Wachstumszwangs wird zwar bis in die Wissenschaft hinein hinterfragt, bricht aber noch nicht mit der Illusion in einen grünen Kapitalismus. Ein heißer Herbst wird kein Selbstläufer. Wo es gelingt, dass massenhaft Menschen auf die Straße gehen, wird es ebenfalls eine zentrale Aufgabe zu verhindern, dass rechte Kräfte die Hegemonie erringen. Wir müssen hier präsent sein, dürfen uns aber nicht darin verlieren.

**1** Ökosozialistische Perspektive stärken: So wie der Volksentscheid in Berlin, RWE Enteignen, gilt es in vielen Lebensbereichen die Eigentumsfrage ins Zentrum zu stellen. Die Systemfrage zu stellen, steht auf der Tagesordnung, anknüpfend an die konkreten Bedingungen und nicht als Floskel. Dafür werben wir auch in Großorganisationen wie Gewerkschaften und der LINKEN. Als sozialistische Organisation ist es unsere Aufgabe treibende Impulse zu setzen und bei der Orientierung durch Organisationsprozesse, Agitation, Propaganda und Bildung behilflich zu sein. Diese Aufgabe vor Ort könnte durch eine bundesweite Organisation erleichtert werden, wenn sie ausgehend von den Bedürfnissen vor Ort gestaltet ist.

...dass die gesellschaftliche Linke dennoch in der Defensive ist und es ihr an Verankerung fehlt, die die beste Garantie für eine klassenorientierte Politik bietet, müssen sich Revolutionäre vordringlich dieser Aufgabe stellen und entgegen einer aufkommenden Ungeduld und berechtigter Nervosität einen langen Atem beweisen, mittel- und langfristig planen und handeln. Die Herausbildung

von Kernen in Betrieben und Stadtteilen in geduldiger Aufbauarbeit bleibt zentraler Bestandteil, die politische Arbeit die unseren Alltag bestimmt. Hier lernen wir mit Kolleg:innen und Nachbar:innen Konflikte zu führen, Erfolge zu erzielen, Niederlagen zu verarbeiten und aus ihnen zu lernen. Hier bildet sich in der Praxis Stabilität in bewegten Zeiten aus. Die Themen sind dabei oft entlang konkreter Alltagsinteressen derjenigen, die heute noch nicht politisch orientiert und organisiert sind. Die fortschrittlichen Teile der Arbeiter:innenklasse zu gewinnen, indem wir uns auf die Massenarbeit orientieren, das ist, nach wie vor, unser dringlichstes Anliegen. – Selbst in großen Bewegungen ist eine Grundbedingung, dass es in der Vergangenheit gelungen ist einen funktionierenden Kern herauszubilden. Das gilt auch für das Wirken innerhalb der Gewerkschaften.

**2** Organisierung und Verankerung bleibt Hauptaufgabe: Gegenmachtstrukturen aufbauen, wehrhafte Selbstorganisation stärken. Vor unserer Haustür, in der Kommune, an unserem Arbeitsplatz. Die sozialistische Perspektive wird durch wachsende vorbildliche demokratische Strukturen von unten in den Kämpfen lebendig – gegen eine Tendenz diese Aufgaben abzulehnen, weil sie zu kleinteilig seien und sozialistische Demokratie nur auf dem Papier zu formulieren.

...dass die Ampel und die herrschende Klasse keine Kehrtwende vollzieht und wir noch nicht in der Lage sind dies zu verhindern, dass richtige Forderungen verpuffen, müssen wir angesichts der zu erwartenden sozialen Verwerfungen, Verarmung und zunehmenden Extremereignisse durch den Klimawandel und der Destabilisierung der imperialistischen Weltordnung, mit grausamen Folgen, unsere Nützlichkeit beweisen. Die Machtfrage also durch Machen stellen. Bestehende Hilfesysteme können bereits jetzt nicht alles abfangen. Die Pandemie, Arbeitsverdich-

tung und Personalmangel haben weite Teile der Klasse erschöpft und ausgebremst.

**3** Nützlich und stärkend sein im Sinn einer Gegenmachtstrategie: Unterstützungsstrukturen und Kultur als Ort der Ermutigung sind daher nicht als Beiwerk zu betrachten, sondern Voraussetzung, um kollektiv aktiv zu werden, niedrighschwelligem Einstieg zu ermöglichen, sie sind das Fundament unserer Glaubwürdigkeit. In Erwägung, dass sie uns frieren lassen, könnte etwa der Eroberung kollektiver beheizter Räume mit Suppenküchen in den kommenden Monaten eine bedeutende Rolle zufallen. Das klingt wie Sozialarbeit – ist aber Teil der Aufbau von Selbstorganisationen die dringend benötigt werden. Angesichts von verbreiteten Ohnmachtsgefühlen ist Kultur eine tragende Säule um sich zu stärken, wie es in allen Befreiungsbewegungen unabdinglich war.

...dass sich die Lage international weiter zuspitzt, Kriege und Klimawandel Existenzkrisen auslösen, aber auch Proteste, brauchen wir internationalistische Antworten.

**4** Kein Sozialismus ohne Internationalismus: Mit der Vierten Internationale haben wir Verbindungen in viele Länder. In Publikationen oder konkreten Kampagnen Erfahrung in der Weitergabe von Wissen und gegenseitiger Unterstützung. Gerade angesichts ähnlicher Entwicklungen, wenn auch mit unterschiedlicher Ausprägung wie bei Inflation oder Klimakatastrophe, muss dies auf ein höheres Niveau gehoben werden.

1.9.2022





# Gesundheitskämpfe, Pandemie und Staatsversagen

## Resolution der Bundeskonferenz

### I. Die Krankenhauskämpfe

Einige Jahrzehnte wurden Verhütung und Versorgung systematisch den Kräften des Marktes übergeben. Krankenhäuser und sogar Maximalversorger wie Universitätskliniken wurden an private Ketten verkauft, Krankenversicherungen in die Konkurrenz geschickt. Das Hören, die Zähne oder die Augen werden zunehmend aus dem Versicherungsschutz ausgeklammert, der Handel mit medizinischen Daten boomt... Der Staat hat sich sogar aus der Überwachung der Akteure zurückgezogen. Niemand ahndet, wenn Arbeitgeber:innen an europäischen Schutzrechten vorbei weit über 13 Stunden werktäglich und ohne einen einzigen freien Tag in einer Woche arbeiten lassen.

Die große Mehrheit der Bevölkerung ist überzeugt: In Krankenhäusern dürfen keine Versichertengelder für Dividenden der privaten Anteilseigner:innen abgezweigt werden. Doch Anfang des Jahres bot der internationale „Gesundheitskonzern“ Fresenius 20 Prozent seiner am Markt führenden Kliniksparte Helios zum Verkauf.

2020 galt zwar als das goldene Jahr der Krankenhausfinanzierung. Während die Anzahl der versorgten Patient:innen, belegten Betten und Krankenhausleistungen drastisch sank, ging auf die Krankenhäuser ein warmer Regen von 10 Prozent an Subventionen und Soforthilfen nieder. Dies hat das Fallpauschalen-System kräftig durcheinandergebracht. Zusätzlich wirken die Systembrüche, die in den letzten Jahren durch Mobilisierungen der Beschäftigten erreicht werden konnten: Sie haben die Kosten für Pflegepersonal und Ausbildung aus der Logik der Fallpauschalen herausgebrochen.

Seit 20 Jahren wächst die Fähigkeit der Beschäftigten, mit klassischen und neuen Arbeitskampfmaßnahmen Boden zurückzugewinnen. Nach den Ärzt:innen haben nun auch die Pflegekräfte und Erzieherinnen überdurchschnittliche Vergütung durchgesetzt. Sie setzen zunehmend ungewöhnliche Ziele im Arbeitskampf: ihre Arbeitsbedingungen, die Besetzung der Schichten mit ausreichend Personal für eine anständige Versorgung.

Eine weitere Besonderheit: Hier streiken Belegschaften, in denen sich bislang nur eine Minderheit in Ver.di organisiert. Sie schließen im Arbeitskampf ganze Stationen und OP-Säle, und sie streiken über viele Wochen hinweg. Denn noch konzentrieren sich diese Kämpfe auf Großkliniken in öffentlicher Hand. Die Entscheider:innen in den Kommunen und Landesregierungen können nicht durch eine Drohung mit ökonomischen Verlusten zum Einlenken gezwungen werden. Die Streiks zielen daher unweigerlich in den politischen Raum: Die Verantwortlichen dort müssen Rede und Antwort stehen, ob, wann und wie sie eine menschenwürdige Versorgung sicherstellen wollen.

Wegen der Länge und Erbittertheit dieser Auseinandersetzungen entwickeln sich neue Formen und Methoden: In digitalen Konferenzen diskutieren und entscheiden die Streikenden unmittelbar mit. „Teamdelegierte“ beraten die anstehenden Aktionen. Versicherte, Patient:innen und deren Angehörige sind unmittelbar mitbetroffen und bringen sich über Stadtteilinitiativen vor Ort mit ein.

Wichtiges Fundament bildet dabei das langjährig bundesweite Bündnis Krankenhaus statt Fabrik, über das Expert:innen die komplexen Zusammenhänge der Finanzierung populär aufbereiten. Wir unterstützen dieses Bündnis.

Die Aufgaben eines präventiven Gesundheitsschutzes und die Mobilisierungen im Gesundheitsbereich gehen vornehmlich die AG Gesundheit und die AG B&G an. Wir streben eine bessere Zusammenarbeit zwischen beiden Strukturen an.

### II. Solidarität in Zeiten der Pandemie – Prävention statt profitorientiertes Chaos

Die der kapitalistischen Produktion innewohnende, zerstörerische Tendenz, auch noch den letzten Erdenwinkel auszubeuten, die letzten ökologisch wertvollen Wälder abzuholzen und Wildtieren die letzten Habitate zu rauben, sowie die Globalisierung der Produktion und die damit einhergehende Beschleunigung der Transporte führen dazu, dass sich seit Beginn des Jahrtausends mehrere Wellen von

SARS-Epidemien ausgebreitet haben und ausbreiten. SARS CoV2 hat sich in Windeseile pandemisch ausgebreitet, die Pandemie ist noch nicht vorüber, und mit weiteren Pandemien ist zu rechnen. Sie sind nicht nur eine Bedrohung für Leben und Gesundheit von Millionen Menschen – über 6,4 Millionen Menschen sind offiziell weltweit im Zusammenhang mit Corona gestorben (Stand 11.8.2022). Sie haben auch das Potential, schwere Wirtschaftskrisen auszulösen mit den entsprechenden sozialen Folgen. So ist die Zahl der Hungernden seit Ausbruch der Pandemie sprunghaft gestiegen: Im Jahr 2019 zählte UNICEF 690 Millionen Hungernde; 2021 zählte die Welthungerhilfe 821 Millionen, das sind elf Prozent der Weltbevölkerung. Etwa zwei Milliarden Menschen leiden weltweit an Mangelernährung.

Eine Ursachenbekämpfung durch Abkehr von dieser Produktionsweise stand aber nirgendwo im Zentrum der gesellschaftlichen und politischen Reaktion. Im Zentrum stand die Frage, ob unser Gesundheitswesen darüber zusammenbricht, dessen angehäuften Defizite die Pandemie schonungslos offenlegte. Zwar hat der Staat erstmals umfassend in unser Leben eingegriffen – durch Testungen, Quarantäne, Lockdown, Impfungen, tagesaktuelle Informationen über die freien Kapazitäten insbesondere der Intensivabteilungen und hat die kurzfristige Entwicklung von Masken und Impfstoffen gesteuert. Er hat aber nicht die Gelegenheit genutzt, das Gesundheitswesen „pandemiefest“ zu machen, im Gegenteil: Der Privatisierungsdruck auf Krankenhäuser und Arztpraxen ist gestiegen. Wenn anfänglich noch ein Bemühen erkennbar war, eine Ausbreitung der Pandemie möglichst zu verhindern, ist dies nach einem halben Jahr zunehmend der Haltung gewichen: mit der Pandemie leben – irgendwie. Ihre Lasten wurden vornehmlich auf den Einzelnen abgewälzt, während Unternehmen, und hier vor allem die Konzerne, großzügige Staatshilfen einstrichen. Ganz im Einklang mit der neoliberalen Logik wurden die Folgen privatisiert. Im Ergebnis haben einige Wirtschaftsbranchen wie Transport und Logistik, Lieferdienste, Medizin maßlose Gewinne eingefahren, während die Reallöhne gesunken sind.

In der Corona-Pandemie hat der Kapitalismus gezeigt, wie untauglich er bei der Abwehr allgemeiner Gefahren für die Gesundheit ist. Lange vorher hatten schon Epidemiolog:innen davor gewarnt, dass es durch Viren zu massenhaften, nur schwer zu beherrschenden Krankheitsausbrüchen kommen könnte. Als das dann wahr wurde, waren die Gegenmaßnahmen schleppend und halbherzig. Reisen wurden anfangs nicht im erforderlichen Maß unterbunden – mit der Folge, dass das Virus sich relativ

ungestört über den Globus ausbreiten konnte. Während der gesamten Dauer der Pandemie scheint es einen Vorrang der Erwirtschaftung von Profit vor der Gesundheit zu geben: Es müssen weiter Autos und Flugzeuge gebaut werden, bekannte, gesundheitsgefährdende Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie haben für kurze Zeit einen Skandal ausgelöst, mehr nicht.

Gegenmaßnahmen wurden im Profitinteresse behindert. Es gab Exklusivverträge mit Pharmariesen über den Umgang mit der Impfstoffproduktion, noch bevor der Impfstoff überhaupt entwickelt war. Die EU sorgte dafür, dass Patente unangetastet blieben. Die WHO wollte ein übergreifendes Technologiezugangsportale für die Bekämpfung der Covid-19-Pandemie, die Industriestaaten versagten ihre Unterstützung. Die Länder des Globalen Südens könnten zu einem Teil Impfstoffe herstellen, sie dürfen es nur nicht.

Obwohl der Staat in vieler Hinsicht versagt hat, hat die Linke sich schwer getan, darauf eine Antwort zu finden; sie schwankte und schwankt zwischen der Kritik an den zum Teil notwendigen Schutzmaßnahmen und dem liberalen Laissez-Faire mit seinen verheerenden Folgen für die Gesundheit. Es gab nur eine Intervention, die zeitweise Mobilisierungspotential hatte, das war die Initiative Zero Covid. Sie hat sich jedoch zu sehr in eine einzelne Maßnahme verbissen – den Lockdown –, die schnell mit anderen Erfordernissen und Kritiken in Konflikt geraten ist. Letztlich ist daraus die Erkenntnis zu ziehen, dass es nicht möglich ist, ein so umfassendes Geschehen wie die Pandemie aus einem Punkt allein aus den Angeln zu heben.

Vielmehr halten wir es für erforderlich, das Augenmerk auf die Defizite im Gesundheitswesen zu konzentrieren, und hier vor allem auf die zentrale Bedeutung einer vorsorgenden Medizin – sowohl im Rahmen des Gesundheitswesens selbst, als auch am Arbeitsplatz. Es kann dies auch nur ein erster Schritt zu einem fundamental anderen Gesundheitskonzept sein, das zu erarbeiten bleibt.

Wir schlagen fünf Punkte für einen gesellschaftlichen Plan zur aktuellen und zukünftigen Pandemiebekämpfung vor:

### **1. Für das Recht auf wirksamen Infektionsschutz**

Ständige, für alle Menschen verständliche Aufklärung in ihren Sprachen über die Gefahren der Pandemie, über das Recht auf wirksamen Infektionsschutz und die Notwendigkeit der flächendeckenden Umsetzung der AHA-L-Regeln.

Im Interesse des Selbstschutzes und des Schutzes anderer vor Ansteckung sind die Einhaltung der Abstands-

regeln (AHA-L-Regel) und das Tragen von wirksamen Masken richtig.

Kostenlose FFP2-Masken für alle, flächendeckende, einfach zugängliche, kostenlose und zuverlässige Testmöglichkeiten überall: in der Öffentlichkeit, am Arbeitsplatz während der Arbeitszeit, in Kitas und Schulen usw.

Verbindliche und einfach zu konkretisierende Infektionsschutz-Maßnahmen in allen gesellschaftlichen Bereichen – beginnend mit den Brennpunkten der Pandemie (Alten- und Pflegeheime, Schulen, Kindertagesstätten, Krankenhäuser, Flüchtlingsunterkünfte, Handels- und Industriebetriebe), aber auch im öffentlichen Nah- und Fernverkehr, an Universitäten etc.

## 2. Impfen

Impfen ist neben der Prävention eine zentrale Einzelmaßnahme zur Eindämmung der Pandemie. Wir treten für eine niedrighschwellige, aufsuchende, flächendeckende Impfkampagne ein, begleitet von Aufklärung über die Wirkung des Impfstoffs. Wir sind gegen eine allgemeine Impfpflicht, sie kann Bedenken und Ängste nicht ausräumen, nur verstärken. Denn gleichzeitig wird sichtbar, dass Impfen allein die Verbreitung neuer Mutationen des Virus nicht verhindert – zumindest solange nicht das Gros der Weltbevölkerung geimpft ist. In Einrichtungen, in denen besonders vulnerable Gruppen gepflegt werden, ist darauf zu achten, dass Nichtgeimpfte nicht in der direkten Pflege eingesetzt werden. Das Recht auf Schutz der am meisten gefährdeten Menschen ist vorrangig.

## 3. Gesundheitsschutz am Arbeits- und Ausbildungsplatz

Belegschaften und Betriebsräte müssen in die Lage versetzt werden, die Einhaltung der Arbeitsschutzregeln aktiv einzufordern und zu kontrollieren. Gewerkschaften müssen sie dabei konsequent unterstützen.

Das betrifft insbesondere die betriebliche und überbetriebliche Überprüfung der erforderlichen Gefährdungsbeurteilungen und der Einhaltung des TOP-Prinzips. Das heißt Umsetzung der nötigen technischen (z. B. Luftfilter), organisatorischen (z. B. Abstandsregelungen) und persönlichen Schutzmaßnahmen (z. B. FFP2-Masken).

Unternehmensleitungen, die das verweigern, müssen von den zuständigen Stellen kontrolliert und sanktioniert werden (Berufsgenossenschaften, Gesundheitsämter und Gewerbeaufsichtsämter).

Überall, auch dort wo es keine formale Interessenvertretung gibt, müssen Beschäftigte das Recht erhalten,

von ihnen bestimmte Gesundheitsschutz-Kommissionen einzurichten und darin tätig zu werden. Die Gewerkschaften müssen dies unterstützen.

Wirksame Durchsetzung des Rechts zur Bildung von Betriebsräten in allen Unternehmen mit mindestens fünf Beschäftigten. Konsequente politische und strafrechtliche Abwehr von Betriebsratsmobbing und Gewerkschaftsbekämpfung.

Erkrankungen an COVID-19 und häusliche Quarantäne dürfen nicht zu Arbeitsplatz- oder Einkommensverlust führen.

Statt „Homeoffices“ müssen Unternehmen Telearbeitsplätze zur Verfügung stellen, die gemäß Arbeitsstättenverordnung eingerichtet sind.

## 4. Ein vorbeugendes und öffentliches Gesundheitssystem

Wiederaufbau und -ausbau der durch die neoliberale Politik weitgehend handlungsunfähig gemachten Gesundheitsämter, der staatlichen Gewerbeaufsicht und der Berufsgenossenschaften.

Aufstockung und Qualifizierung des Personals in diesen Bereichen, damit in einem Pandemiefall die Nachverfolgung, Unterbrechung von Infektionsketten sowie die Aufsicht über Betriebe und Einrichtungen, die die Schutzmaßnahmen vor Ansteckungen nicht sicherstellen, möglich sind.

Die Privatisierung und Schließung von Kliniken muss gestoppt werden. Abkehr vom System der Fallpauschalen und von der profitorientierten Ausrichtung auch öffentlicher Krankenhäuser. Unterstützung der Tarifbewegungen für mehr und besser bezahltes und qualifiziertes Personal, gesundheits-schützende Arbeitsbedingungen sowohl in der Kranken- als auch in der Altenpflege.

Für ein präventives, nicht profitorientiertes, an den Interessen der Patient:innen ausgerichtetes, öffentliches Gesundheitssystem als integraler Bestandteil der gesellschaftlichen Daseinsvorsorge, das nicht nur gute Arbeit und gute Einkommen für die Beschäftigten sicherstellt, sondern ihnen auch wirksame Entscheidungs- und Kontrollrechte einräumt.

Einrichtungen des Gesundheitswesens, selbst bereits privatisierte, gehören in Öffentliche Hand – nicht nur Krankenhäuser, auch Pflegeeinrichtungen, Pflegedienste, Altenheime, Rettungsdienste, Testeinrichtungen.

## 5. Internationale Solidarität

Weltweite Kooperation bei Entwicklung und Herstellung von Impfstoffen statt Patentschutz und Profitgarantie!

Freigabe aller Impfstoff- und Medikamentenpatente, auch gemäß Artikel 14 GG (Durchsetzung der Sozialbindung des Eigentums), und Unterstützung aller internationalen Initiativen für ein an der Gesundheit der Menschen ausgerichtetes, demokratisch kontrolliertes System des Infektionsschutzes sowie der Produktion und Verteilung von Masken und Impfstoffen.

Diese Vorhaben sind von den Profiteuren der Pandemie zu finanzieren: Erhebung einer Solidaritätsabgabe, Beendigung der Steuerflucht, Wiedereinführung einer Vermögenssteuer und eine stark progressive Besteuerung aller Jahreseinkommen ab 250.000 Euro, Rückzahlung von staatlichen Subventionen durch Impfstoff- und Medikamentenhersteller, die dadurch hohe Gewinne erzielen konnten.

Ein derartiger Plan wird letztendlich nur durch massiven, über die einzelnen Bereiche hinweg koordinierten Druck von unten durchgesetzt werden können. Erforderlich ist deshalb der Aufbau einer sozialen und ökologischen Front, die für klassenpolitische Solidarität nicht nur in Zeiten der Pandemie eintritt. Sie ist die Voraussetzung, um den Widerstand gegen die herrschende Politik mit der Abwehr der rechten, coronaleugnenden Bewegung konsequent zu verbinden.

Die Ursachen der Pandemie müssen international bekämpft werden – insbesondere die kapitalistische „Globalisierung“ und die damit verbundene Ausbeutung und Zerstörung von Mensch und Natur.

Unser Leben ist mehr wert als ihre Profite!

### III. Corona-Protteste – die Schwurbelnden

In Deutschland verfestigt sich eine Protestbewegung, die im Kern illiberal und antidemokratisch ist und nicht an ein bestimmtes Thema oder einen Anlass gebunden ist. Im Zusammenhang mit der Pandemie ist sie als Bewegung der Coronaleugner:innen oder Schwurbelnde aufgetreten. Mit der Brisanz des Themas ist die Bewegung abgeflacht, kann aber jederzeit wieder aufflackern und vor allem auf gleich welches Thema springen, das den Zorn einer breiten Masse der Bevölkerung erregt. Für die Linke stellt diese Form von politischem Protest eine ernste Gefahr dar, weshalb hier einiges zu ihrer Charakterisierung und unserer Haltung dazu gesagt sein soll.

Sozial sind die Demonstrationen von Personen aus dem Kleinbürgertum mit höherer formaler Bildung geprägt, sie kommen vornehmlich aus der Mittelschicht, sind meist älter, politisch heterogen, aber nach rechts offen.

Vom politischen System sind sie stark entfremdet und fühlen sich ausgegrenzt: Der Staat verhängt Maßnahmen, die sie einschränken, sie haben nichts zu sagen und

die Institutionen vertreten sie nicht mehr. Sie sehen sich grundsätzlich als Opfer, unabhängig vom Anlass, aus dem mobilisiert wird.

Die Haltung der Kritik ist ihnen zum Selbstzweck geworden – sie inszenieren sich als widerständige Menschen und fühlen sich als die eigentliche Systemopposition. Öffentlich bezeichnen sie sich als weder rechts noch links.

Die Werte, die sie verteidigen, fallen hinter die Aufklärung zurück: Sie anerkennen nur Regeln, die sie selber setzen: Individualität, Eigenverantwortung und Selbstbestimmung werden absolut gesetzt. Das unterscheidet sie fundamental von Linken. Ihr Widerstand richtet sich gegen institutionelle Regeln – nur Regeln, die sie selber setzen, erachten sie als legitim. Sie suchen nicht Solidarität, sondern Heimat.

Dabei haben sie kein Problem mit autoritären Lösungen. Auf ihren Demonstrationen herrscht eine unterschwellige Aggressivität.

Ihre Widerständigkeit und ihr Setzen auf Massenbewegungen machen sie anschlussfähig für Menschen aus dem linken Spektrum.

Es gibt Unterschiede zwischen Ost und West. Im Osten ist die Bewegung stärker von der extremen Rechten geprägt, hier bezieht sich die AfD strategisch darauf und versteht sich als ihr politisches Sprachrohr. AfD-Anhänger:innen machen einen großen Teil der Demonstrationen aus.

Im Westen ist die Bewegung mehr von Esoterikern und Verschwörungstheoretikern geprägt, die sich von der AfD und Querdenkenern distanzieren, sich als die wahren Antifaschist:innen verstehen und teilweise feministische oder linke Parolen übernehmen. Waldorfschulen sind Hochburgen von Coronaleugner:innen. In Hochburgen der Rechten sind die Mobilisierungen allerdings stärker. Auch im Westen werden die Demos maßgeblich von Gruppen der extremen Rechten organisiert.

30 Jahre Neoliberalismus haben tiefe Spuren in der Gesellschaft hinterlassen. Unter dem Druck der New Economy hat sich die Mittelschicht neu formiert. Soziologen beschreiben eine tiefe Frustration unter den Absteigern, die die Erwartungen, die sie an sich selber stellen, nicht mehr erfüllen können. Diese Frustration hinterlässt tief sitzende Ressentiments, denen mit Argumenten der Vernunft nicht beizukommen ist.

### Unsere Haltung

Im Kern ist die Schwurblender:innen-Bewegung eine neue rechte bis faschistoide Bewegung, von der wir uns abgrenzen

zen müssen. Sie ist jedoch nicht mit ausgewiesenen rechtsex-  
tremen Mobilisierungen gleichzusetzen. Wir wollen uns  
folgendermaßen dazu verhalten:

- Solange die Proteste nicht viel mehr mobilisieren als harte (vorwiegend rechte) Kerne, werden wir vor allem im Rahmen unserer eigenen Agenda über den Charakter der Bewegung aufklären.
- Unsere Gegenaktionen dürfen nicht rein reaktiv bleiben, wir müssen ein eigenes Angebot machen.

- Wenn sie jedoch den Charakter einer Massenmobilisierung annehmen, versuchen wir Ansatzpunkte für eine mögliche, breit aufgestellte Intervention zu finden.

Auf der Bundeskonferenz der ISO mit 53 Stimmen dafür, 1  
dagegen und 14 Enthaltungen angenommen



# Solidarität mit dem Widerstand in der Ukraine und der russischen Antikriegsbewegung! Stoppt den Krieg!

## Resolution der Bundeskonferenz

Am Krieg in der Ukraine sind – in unterschiedlicher Weise und mit unterschiedlichen Verantwortungen – drei Parteien beteiligt: das Regime Putin, die Bevölkerung in der Ukraine und die herrschenden Klassen in den Ländern der NATO, allen voran die USA.

**1** Das Regime Putins, des starken Manns der russischen Oligarchie, trägt die Hauptverantwortung für den Krieg. Der Überfall auf die Ukraine ist durch nichts zu rechtfertigen, er entspringt russischen Großmachtinteressen. Putins Amtsübernahme im Jahr 2000 war und ist unverändert und unmissverständlich darauf ausgerichtet, eine weitere Verselbständigung dessen, was von der Sowjetunion im russischen Einflussbereich übriggeblieben ist, zu verhindern. Zu diesem Zweck baut er – mit Hilfe der Konzentration auf den Abbau fossiler Rohstoffe – den Rüstungssektor zum modernsten und wichtigsten Wirtschaftsbereich aus und unterbindet gewaltsam alle Liberalisierungs- oder Unabhängigkeitsbestrebungen in den ehemaligen sowjetischen Republiken oder Autonomen Gebieten sowie im russischen Kernland selbst.

Vom chauvinistischen, großrussischen Standpunkt aus gehört die Ukraine, ebenso wie Belarus, mindestens in Teilen sowieso zu Russland. Putin hat der Ukraine die Existenzberechtigung abgesprochen und die Nationalitätenpolitik Lenins und der frühen Bolschewiki für die Existenz dieser Nation verantwortlich gemacht, die es aus seiner Sicht gar nicht geben soll. Er will die Ukraine entukrainisieren – er nennt das entnazifizieren. Was das bedeutet, wird deutlich an der Brutalität, mit der er diesen Krieg führt. Er und die Regierungskreise, die er vertritt, stehen in der Tradition des zaristischen Imperialismus.

■ Wir lehnen das imperialistische Denken in Einflusszonen ab. Es geht zu Lasten der sozialen Lage der Arbeiterklasse (nicht nur in Russland), zu Lasten des Klimas, und es trägt den Keim von Kriegen in sich. Dass Russland

gegenüber den USA der weitaus schwächere Part ist und im Gegensatz zu diesen nicht nach der uneingeschränkten Vorherrschaft auf der Welt strebt, tut dabei nichts zur Sache.

■ Wir unterstützen alle Kräfte in Russland, die für ein sofortiges Ende der Kampfhandlungen und den Rückzug der russischen Truppen aus der Ukraine eintreten. Eine starke russische Antikriegsbewegung ist ein entscheidender Hebel, dem Krieg ein rasches Ende zu bereiten. Sie wird derzeit jedoch brutal unterdrückt.

**2** Die ukrainische Bevölkerung wehrt sich gegen russische Versuche, das Land unter ihre Kontrolle zu bringen. Sie fürchtet zu Recht den Verlust ihrer staatlichen Unabhängigkeit, bürgerlichen Freiheiten und demokratischen Rechte. In diesem Kampf stehen wir an ihrer Seite.

Das kann die Tatsache nicht verschleiern, dass auch in der Ukraine eine räuberische Oligarchie an der Macht ist. Sie ist politisch gespalten, weil ihre wirtschaftlichen Interessen teils mit der westlichen, teils mit der russischen Wirtschafts- und Finanzwelt verflochten sind. Jeder versucht, Teile des Staatsapparats auf Kosten des anderen unter seine Kontrolle zu bekommen.

Diese Oligarchie trägt ein gerüttelt Maß an Verantwortung für die Eskalation zum Krieg, weil sie beim Versuch, sich gegenseitig niederzukonkurrieren, ihre jeweiligen regionalen und wirtschaftlichen Partikularinteressen nationalistisch aufbläht, um sich eine Wahlgefolgschaft zu sichern. Sie ist nicht in der Lage, ein nationales Projekt für das gesamte Land zu formulieren; mit ihren unterschiedlichen, ökonomisch motivierten geopolitischen Orientierungen spaltet sie das Land. Dabei werden Minderheitenrechte wie die der an Russland orientierten Bevölkerung in der Ostukraine missachtet. Bereits die Regierung Juschtschenko hat ein Sprachengesetz verabschiedet, das das Russische als Amts- und Unterrichtssprache abschaf-

fen und die russischen kulturellen Einflüsse zugunsten des Ukrainischen verdrängen sollte. Es wurde unter Janukowytsch kurzzeitig zurückgenommen, unmittelbar nach dessen Sturz aber wieder eingeführt.

Dieselbe Regierung Juschtschenko hat auch das EU-Assoziierungsabkommen angebahnt, mit dem die Ukraine schließlich vor die fatale Entscheidung gestellt wurde, entweder der EU beizutreten oder der Zollunion mit Russland, Belarus und Kasachstan. Dieses Abkommen und die nachfolgenden Proteste, die sich gegen seine Nichtunterzeichnung erhoben haben, haben das Land noch tiefer gespalten und innerhalb der Ukraine selbst zu einem Bürgerkrieg geführt. Dessen ungeachtet haben die nachfolgenden Regierungen Poroschenko und Selenskyj streng Kurs auf eine Mitgliedschaft in der EU und in der NATO gehalten; beides wurde 2019 sogar in der Verfassung verankert.

Der Kriegsbeginn hat die Stimmung zugunsten einer Westorientierung gewendet – obwohl man dazusagen muss, dass wir über die Verhältnisse in der Ostukraine wenig wissen und der Krieg auch noch nicht zu Ende ist. Vor diesem Hintergrund wird jedoch verständlich, warum die beiden letztgenannten Regierungen kein Interesse daran gezeigt haben, nach dem Euromaidan das Minsker Abkommen einzuhalten, das u.a. die Abhaltung von Kommunalwahlen in den Volksrepubliken Lugansk und Donezk und einen Dialog mit deren Führungen vorsah. Deutschland und Frankreich als Mitunterzeichnete des Abkommens haben ihrerseits wenig getan, um ein Scheitern des Abkommens zu verhindern. Dennoch waren sie überrascht von der russischen Reaktion – dem Überfall auf die Ukraine.

Wenn wir im Kampf gegen die russische Aggression auch vorbehaltlos auf der Seite der Ukraine stehen, so ist doch die Oligarchenregierung für uns kein Bündnispartner. Sie verscherbelt seit Jahren Grund und Boden und staatliches Eigentum zu Schleuderpreisen – vielfach an westliche Konzerne; der Lebensstandard der abhängig Beschäftigten ist dramatisch zurückgegangen, ihre sozialen Rechte und ihre Rechte am Arbeitsplatz werden systematisch eingeschränkt – das neue Arbeitsgesetz ist nur das letzte Beispiel dafür. Oppositionelle Parteien wurden verboten. Die soziale Ungleichheit hat seit dem Fall der Mauer dramatisch zugenommen. Im offiziellen Ranking gilt die Ukraine, nur gefolgt von Russland, als das korrupteste Land Europas.

**3** Die Arbeiterklasse in der Ukraine ist multinational. Sie hat mehrfach zum Ausdruck gebracht, dass sie die Oligarchenherrschaft loswerden will. Auch sie lehnt eine russi-

sche Fremdherrschaft überwiegend ab und tendiert zu einer Anbindung an den Westen – an dieser Stelle decken sich ihre Interessen mit denen der Herrschenden. Das bedeutet aber nicht, dass sie den nationalistischen Kurs der Regierung unterstützt – schließlich hat Selenskyj die Wahlen mit dem Versprechen gewonnen, den Krieg im Donbass zu beenden. Ihr Interesse ist es, die russischen Soldaten aus dem Land zu vertreiben; ihr Interesse ist nicht, den Krieg in die Länge zu ziehen und die Oligarchenherrschaft zu unterstützen.

Tatsächlich ist sich die Regierung der Loyalität der arbeitenden Bevölkerung alles andere als sicher. Deren Haltung zum Krieg ist nicht so einheitlich, wie die ukrainische und die westliche Propaganda nahelegen. Das zeigt schon die Verhängung des Kriegsrechts – eine Reaktion auf die anfängliche Massendesertion, die damit gestoppt wurde.

Die ukrainische Arbeiterklasse steckt in einer Zwickmühle: Sie unterstützt den Kampf gegen die Fremdherrschaft, aber sie hat keine Möglichkeit, mit eigenen Zielen in das Kriegsgeschehen einzugreifen. Sie wird von der herrschenden Klasse für deren Zwecke vereinnahmt. Sie kann nur ihre Stimme erheben, wenn es um soziale Belange geht, wie jüngst beim Arbeitsgesetze. Um an dieser Lage etwas zu ändern, müsste sie die Machtverhältnisse von Grund auf ändern; davon kann unter den gegebenen Bedingungen jedoch keine Rede sein. Je länger der Krieg allerdings dauert, desto wahrscheinlicher wird Kriegsmüdigkeit.

Wir respektieren und verteidigen die nationale Unabhängigkeit der Ukraine. Wir wenden uns allerdings gegen einen andere Nationalitäten ausschließenden Nationalismus, der nur auf nationale Unterdrückung mit umgekehrten Vorzeichen hinausläuft.

Über die Art ihres Widerstands kann die ukrainische Bevölkerung nur selbst entscheiden, wir haben von außen keine Ratschläge zu erteilen. Wir unterstützen allerdings den Widerstand der Gewerkschaften sowie der feministischen und zivilgesellschaftlichen Bewegungen mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln. Insbesondere ist uns daran gelegen, mit den sozialistischen Kräften in der Ukraine, wie sie sich etwa um die Organisation Sozialnyj Ruch gruppieren, in einen Dialog und eine Zusammenarbeit zu kommen.

**4** Die NATO will offiziell nicht Kriegspartei sein, legt die Grenzen dafür aber mit der Lieferung schwerer und weitreichender Waffen und dem Training ukrainischer Soldaten ziemlich weit aus. Tatsächlich verfolgt sie seit dem Fall der Mauer und unabhängig vom Verhalten der jeweiligen russischen Regierung einen systematischen Expansions-

kurs durch wirtschaftliche und militärische Integration vor allem der osteuropäischen Staaten; dabei stützt sie sich auf die geschichtlich bedingte, antirussische Haltung in diesen Ländern. Im Gegensatz zum Warschauer Pakt wurde die NATO damals nicht aufgelöst; USA und NATO haben eine „neuen Weltordnung“ unter ihrer alleinigen Vorherrschaft ausgerufen und dafür blutige Kriege auf dem Balkan, im Nahen Osten und in Afghanistan geführt. Seit der Orangen Revolution 2004 mischen sich die USA und die EU direkt in die inneren Angelegenheiten der Ukraine ein, nach dem Euromaidan kulminierte dies in einer direkten Einflussnahme auf die Bildung der neuen Regierung sowie einer systematischen Aufrüstung der ukrainischen Armee.

Der russische Angriff auf die Ukraine hat ganz gegen seine Intention die NATO und die Position der USA darin massiv gestärkt: sowohl durch ihre unverhoffte Ausdehnung auf weitere ost- und nordeuropäische Länder, als auch durch die blitzartige Wiederherstellung der Führungsrolle der USA im Bündnis. Die Friedensbewegung und die Linke wurden geschwächt, sie sind zudem in ihrer Haltung zum Krieg vielfach gespalten.

Der Krieg bietet der NATO darüber hinaus eine goldene Gelegenheit, das militärische Potential Russlands – das einzige, das es zu einer Großmacht macht – soweit zu schwächen, dass es im Hauptkampf des Westens gegen China keine bedeutende Rolle mehr spielt. Die USA haben inzwischen eigene Kriegsziele definiert, die weit über die Ziele der ukrainischen Führung hinausgehen. Sie beinhalten, „Russland wirtschaftlich und militärisch so zu schwächen, dass es zur Kriegführung nicht mehr in der Lage ist“. Oder in den Worten der EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen: „die industrielle Basis Russlands zerstören“ – eine Art Morgenthau-Politik.

Deshalb „prophezeien“ US-Regierungsstellen auch, dass es einen „langen Krieg“ geben wird. Sie setzen auf einen Abnutzungskrieg, wofür die ukrainische Bevölkerung den Blutzoll bezahlen soll; die wirtschaftlichen Kosten werden auf die Bevölkerungen in den NATO-Ländern abgewälzt.

Der Krieg in der Ukraine ist deshalb auch ein Stellvertreterkrieg – mit begrenzten Kriegszielen, weil Russland für die USA nur ein zweitrangiger Gegner ist.

- In diesem Krieg stellen wir uns gegen die Aufrüstungsvorhaben der NATO und
- wir fordern die sofortige Einstellung der Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine, da sie das Potential haben, den Krieg zu eskalieren und eine unkontrollierbare Dynamik auszulösen.

Das Recht auf Selbstbestimmung eines Volkes gibt ihm nicht das Recht, andere Völker in den Krieg zu ziehen. Die ukrainische Führung versucht mit allen Mitteln, den Krieg zur Sache der NATO zu machen, weil ihre eigenen Mittel der Kriegführung begrenzt sind. Dem müssen wir entgegentreten, die auf Expansion drängende Eigenlogik des Krieges muss gebrochen werden.

Die Arbeiterklasse fremder Länder in einen Krieg zu treiben, der sie nichts angeht, hat mit proletarischem Internationalismus nichts zu tun. Dieser zielte stets darauf ab, einen Krieg schnellstmöglich zu beenden – sofern er kein Bürgerkrieg war.

**5** Der Krieg greift die Lage der arbeitenden Klassen massiv an, nicht nur in Russland und der Ukraine, auch in den europäischen NATO-Ländern. Zudem beschleunigt sie eine katastrophale Hungerkrise im globalen Süden.

Insbesondere in Deutschland haben die Medien und die politisch Verantwortlichen seit dem Überfall auf die Ukraine eine außen- und verteidigungspolitische Kehrtwende um 180 Grad unternommen. Der seit der Einführung der sog. Entspannungspolitik vorherrschende pazifistische Grundton ist einer unerträglichen Kriegshetze und Militarisierung des öffentlichen Diskurses gewichen. Man gewinnt geradezu den Eindruck, ein Teil der Meinungsmacher:innen habe nur darauf gewartet, Russland wieder zum Hauptfeind erklären zu können, um dem akuten Druck, der – bedingt durch Jahrhundertkrisen wie die Pandemie oder die Klimakatastrophe – bleischwer auf der Gesellschaft lastet, ein Ventil zu öffnen. Diese Stimmung ist kriegstreibend und greift demokratische Rechte, vornehmlich die Meinungs- und Pressefreiheit an. Russland wird derzeit für alles verantwortlich gemacht – für den Wirtschaftskrieg, den die NATO entfesselt hat; die Preissteigerungen, die zu einem großen Teil auf das Konto von Spekulanten gehen; die Hungersnot, die in den letzten Jahren wieder zunimmt, ohne dass dies die Herrschenden bislang besonders aufgeregt hätte. Es wird eine antirussische Hetze verbreitet, die keinen Unterschied macht zwischen dem russischen Volk und seiner Führung; es werden Proben aufrechter Gesinnung gefordert, die an Meinungsterror grenzen. Diese Hetze wendet sich auch gegen „innere Feinde“ wie etwa die Antikriegsbewegung, eine globalisierungskritische Bewegung wie Attac oder die antifaschistische Bewegung. Und sie dient dazu, die Gewerkschaften wieder in einen Burgfrieden zu drängen („konzertierte Aktion“).



Unter dem Vorwand des Beistands zur Ukraine ist ein beispielloses Aufrüstungsprogramm in Gang gesetzt worden, das unmittelbar gar nichts mit dem Krieg zu tun hat, sondern dazu dient, Deutschland einzureihen unter eine erneuerte, unbestrittene Vorherrschaft der USA in der NATO und es wirtschaftlich aus den Beziehungen mit Russland zu lösen – zumindest was strategische Güter betrifft. Künftig soll sich auch deutsche Außenpolitik ausrichten an dem einen Ziel, seine Ressourcen für den Konkurrenzkampf gegen China einzusetzen.

Und während die Bundesregierung den Verfassungsartikel, der die Waffenlieferungen in Kriegsgebiete verbietet, geräuschlos kassiert hat, erklärt Japan, dass es seine pazifistische Verfassung ändern und gleichfalls aufrüsten will. Ein Weltkrieg rückt wieder in Reichweite, und in diesem – das zeichnet sich ab – werden auch Atombomben eingesetzt werden. Das bisher Undenkbare wird denkbar und wir sollen daran gewöhnt werden.

Die bisherige deutsche Außenpolitik hat einen empfindlichen Rückschlag einstecken müssen in Bezug auf ihr Vorhaben, zusammen mit Frankreich die EU als eigenständigen Global Player zu positionieren. Die lukrativen Geschäfte, die ein bedeutender Teil des deutschen Kapitals in den letzten Jahrzehnten aufbauen konnte, ja, die deutsche Exportmaschine selbst, die vom billigen russischen Öl und Gas profitierte, wurden durch die Sanktionen zunichte gemacht bzw. sind nun ernsthaft bedroht – die USA wollen daraus Gewinn schlagen, indem sie diese Wirtschaftsbeziehungen zu sich selber umleiten.

Der brachiale Eingriff der USA treibt einen Spaltpilz in die EU; ihr großer Einfluss auf die osteuropäischen Mitgliedstaaten und das Ausscheren Großbritanniens aus der EU torpedieren deutsch-französische Bemühungen, die EU auf der internationalen Bühne mit einer Stimme sprechen zu lassen. Die zentrale Führungsrolle der Achse Paris-Berlin ist in Frage gestellt.

Der Wirtschaftskrieg, der in Form von Sanktionen ausgetragen wird, schadet bislang hauptsächlich den Bevölkerungen; das Eigentum der Oligarchen wird dadurch mehrheitlich nicht angetastet, nur ihre Verfügungsgewalt darüber. Und wo Konzerne im Westen Not leiden wie der Gaslieferant Uniper (an dem auch RWE beteiligt ist), eilt der Staat ganz unbürokratisch mit einer vorübergehenden Verstaatlichung zu Hilfe. Im Vertrauen auf diese Hilfe unterstützen die Kapitalverbände den bellizistischen Kurs der Ampelregierung, auch wenn noch niemand weiß, wo er hinführen soll. Denn mit Krieg lassen sich immer gut Geschäfte machen: die Rüstungs-, Öl- und Gasindustrie,

der Zwischenhandel und die Finanzindustrie verdienen sich eine goldene Nase und die Aktienkurse steigen, während die Bevölkerung darauf eingestimmt wird, dass sie im kommenden Winter solidarisch zu frieren hat.

Wir lehnen es ab, dass die Bevölkerungen für diesen Krieg bezahlen sollen. Weder die Aufrüstung noch die verhängten Sanktionen sind geeignet, den Krieg in der Ukraine zu stoppen. Für die arbeitende Bevölkerung bedeuten sie nur hohe Entbehrungen, weitere Verarmung und Prekarisierung ihrer Existenz. Der sozial-ökologische Umbau bleibt gänzlich auf der Strecke.

**6** Die ersten breiten Demonstrationen der Empörung gegen die russische Invasion haben inzwischen einer gewissen Ernüchterung und Skepsis Platz gemacht. Die Zustimmung zur Lieferung schwerer Waffen ist von anfänglich 55 Prozent auf 42 Prozent gesunken (Stand Juni ,22). Und die 100 Mrd. für die Bundeswehr stoßen auf breite Ablehnung. Die Angst vor einer Eskalation, insbesondere vor einem Atomkrieg, ist groß.

Dennoch tut sich die alte Friedensbewegung bislang schwer, in größerem Umfang gegen die neue Spirale von Rüstung und Krieg zu mobilisieren. Das liegt zum Teil an ihrer inneren Zerstrittenheit, zum Teil aber auch an dem offenbar immer noch abrufbaren, historischen Reflex gegenüber dem „gewalttätigen, unberechenbaren und heimtückischen Iwan“.

Wir können unser Augenmerk nicht allein auf den aktuellen Krieg richten – wir müssen die militaristische Dynamik sehen, die auf lange Sicht dadurch in Gang gesetzt wird. Auf ihrer Gipfelkonferenz im Juni in Madrid hat die „neue“ NATO in die Gleise des Kalten Krieges zurückgefunden. Sie erklärt, sie befinde sich nun „in einer Ära strategischer Konkurrenz und erachte Russland als die größte Bedrohung ihrer Sicherheit“. Die Fixierung eines solchen Feindbilds öffnet dem Nationalismus und Chauvinismus Tür und Tor, zumal in Verbindung mit den zunehmenden wirtschaftlichen Krisen und der sich verstärkenden Klimakatastrophe.

In dieser Situation kommt es auf einen standfesten Internationalismus der arbeitenden Klassen an. Der ist nicht gegeben, den müssen wir uns erarbeiten. Der Aufbau einer internationalen Antikriegsbewegung – Zimmerwald II? – muss von nun an eine ständige Aufgabe von uns sein.

**7** Der Kampf gegen den Krieg verbindet sich mit allen Kämpfen gegen Teuerung und weiteren Sozialabbau, gegen den Abbau demokratischer Rechte und für eine ökosozialistische Wende. Wir fordern deshalb:

- Sofortiger Abzug aller russischen Truppen aus der Ukraine!
- Stoppt den Krieg! Waffenstillstand sofort! Der Logik des Krieges setzen wir sozialen Widerstand und Solidarität von unten entgegen.
- Uneingeschränkte humanitäre Hilfe für die ukrainische Bevölkerung!
- Aktiver Austausch mit und Unterstützung von betrieblichen Kollektiven, Frauenstrukturen, gewerkschaftlichen Strukturen und sozialen Bewegungen in der Ukraine!
- Volle Unterstützung für die russische Antikriegsbewegung!
- Gegen jeden Nationalismus – auch in Russland und in der Ukraine!
- Für eine internationale Antikriegsbewegung!
- Unterstützung russischer und ukrainischer Deserteure!
- Gleichbehandlung aller Flüchtlinge!
- Streichung der Alt-Schulden der Ukraine. Vergabe neuer Kredite ohne IWF-Auflagen!
- Auflösung der NATO. Keinen Cent für die Bundeswehr! Stoppt die Auslandseinsätze! Streichung des 2-Prozent-Ziels!
- Wir zahlen nicht für eure Kriege! 100 Mrd. in den sozialen und ökologischen Umbau statt in die Rüstung!

- Abzug der Atomwaffen aus Büchel und Schließung der US-Base Ramstein! Atomkraftwerke und Atomwaffendepots sind erste Angriffsziele! Deutschland muss auf die nukleare Teilhabe verzichten und den Atomwaffensperrvertrag endlich unterzeichnen.
- Rüstungskonzerne enteignen und einer gesellschaftlich nützlichen Produktion zuführen! Die Energieversorgung gehört in öffentliche Hand und unter öffentliche Kontrolle! Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln!
- Mit der erfolgreichen Spendenkampagne für Sozialnyj Ruch (6700 Euro) haben wir einen Anfang gemacht.
- Wir beteiligen uns an bundesweiten Friedensdemonstrationen;
- wir setzen die Kontaktaufnahme und Zusammenarbeit mit ukrainischen Genoss:innen in Deutschland fort;
- wir nehmen, wenn möglich, an der nächsten Delegationsreise des Europäischen Netzwerks teil.

Auf der Bundeskonferenz der ISO mit 30 Stimmen dafür, 9 dagegen und 29 Enthaltungen angenommen



# Der kriegstreibenden Propaganda widerstehen – Waffenlieferungen ablehnen und den sozialen Widerstand stützen

## Resolutionsentwurf für die Bundeskonferenz

Im Gefolge der verbrecherischen Invasion der russischen Armee in der Ukraine wurden national und international politische und militärische Achsen verschoben:

■ Spätestens seit 2014 kommen die Ereignisse in der Ukraine dem westlichen Kapital mehr als gelegen und werden speziell von der EU und vor allem von der NATO aktiv gefördert. Mit der vom Kreml befohlenen Invasion allerdings sind die geopolitischen Kräfteverhältnisse nun ein weiteres Mal – und zwar noch bedeutsamer – zugunsten des westlichen Imperialismus verschoben worden. Denn Russland kann aus diesem Konflikt innen- und außenpolitisch, militärisch und ökonomisch nur geschwächt hervorgehen. Gleichzeitig kann die NATO mit Hilfe dieses Kriegs ihre scheinbare Existenzberechtigung untermauern, und zwar nicht nur in Osteuropa, sondern auch in den anderen NATO-Staaten. Ganz gleich wie lange der Krieg noch dauert: In jedem Fall geht die NATO innenpolitisch, militärisch und geopolitisch gestärkt aus diesem Krieg hervor. Sie wird künftig unter günstigeren Bedingungen operieren können.

■ Vor dem Hintergrund dieses Kriegs lässt sich heute gegenüber der Bevölkerung (nicht nur in der BRD) die Aufrüstung besser rechtfertigen und sogar drastisch verstärken („Sondervermögen“, 2%-Anteil des Rüstungshaushalts am BIP, aber auch z. B. die Bewaffnung von Drohnen). Dabei können sich die Herrschenden uneingeschränkt auf die Mitwirkung der Mainstream-Medien stützen, die nicht nur die Waffenlieferung als alternativlos darstellen, sondern auch die Scholz'sche Zeitenwende als längst überfällig erklären.

■ Unter dem anhaltenden propagandistischen Trommelfeuer der Regierung und der Medien sind Teile der breiteren Linken und vor allem der Gewerkschaften politisch ins Straucheln geraten, was sich vor allem in der Unterstützung von Waffenlieferungen ausdrückt. Das erschwert den Aufbau einer breiten und massenwirksamen Antikriegsbewegung. Im Gegensatz zur Bewegung gegen die Stationie-

rung von Mittelstreckenraketen in den 1980er Jahren sind die Gewerkschaften heute in dieser Frage gelähmt. Die Wiederbelebung einer breiten Antikriegsbewegung – für deren Wirksamkeit die Gewerkschaften gewonnen werden müssen – ist damit nicht hinfällig, aber sie muss in ihrer Argumentation grundsätzlicher werden, sie muss mit der Aufklärung der Faktenlage weiter ausholen und sie muss mit langem Atem agieren.

■ Mit dem Trommelfeuer seitens der Regierung und der Massenmedien gelingt es den Herrschenden zurzeit ansatzweise auch, wichtige Schritte im Kampf gegen den Klimawandel als Luxus zu erklären. Unabhängig von der Überzeugungskraft der Regierung werden jedenfalls alle Maßnahmen für eine Energiewende um Jahre zurückgeworfen. Der Systemwechsel wird damit noch dringlicher als er eh schon war.

### Geopolitische Verschiebung

Vor diesem Hintergrund gelingt es der NATO in gewissem Umfang, ihre eigene Verantwortung für die entstandene Lage und die kriegstreibende Wirkung ihrer Politik zu verdrängen bzw. vergessen zu machen. Die Invasion der russischen Armee ist durch rein gar nichts zu rechtfertigen, aber zum Verständnis des gesamten Konflikts und der geopolitischen Ausgangsbedingungen müssen die Ausgangsbedingungen klar benannt werden:

■ Der US-Imperialismus und die von ihr gelenkte NATO betreiben seit eh und je eine aggressive imperialistische Politik mit dem Ziel der uneingeschränkten Kontrolle weiter Teile der Welt (zwecks Absicherung von Rohstofflieferungen und Absatzmärkten). Dies reicht von den diversen Interventionen in Lateinamerika über die zwei Indochinakriege, die zwei Golfkriege und Afghanistan bis Serbien 1999, um nur einige der unzähligen militärischen Invasionen zu nennen. Dabei ist es unerheblich, ob diese Interventionen offiziell als NATO-Aktionen und ob sie mit oder ohne Segen der UNO erfolgten.

■ Im Rahmen dieser aggressiven Politik betrieb die NATO aus geopolitischen Gründen – und speziell um Russland unter Druck zu setzen – ihre Ausweitung nach Osteuropa und veranstaltet nicht weit von der russischen Grenze seit Jahren umfangreiche Manöver.

■ Seit der „oranen Revolution“ wird die ukrainische Armee vor allem von den USA aufgerüstet und ausgebildet.<sup>1</sup>

■ Dies geht einher mit einem Ausbau intensiver Beziehungen zur ukrainischen Regierung, was ganz wesentlich dazu beitrug, dass diese das Minsker Abkommen nicht einhielt. Auch die deutsche Regierung hat nicht auf die Einhaltung dieses Abkommens gedrungen und damit zur Eskalation der Lage beigetragen.

Auf diese verschiedenen Schritte seitens des Westens hat der Kreml – gemäß der Logik seiner eigenen imperialistischen Politik – am 24. Februar mit einer gravierenden Eskalation geantwortet, womit eine neue Schwelle überschritten wurde und auch die Gefahr eines Atomkriegs drastisch gestiegen ist. Dabei muss bedacht werden, dass eine Atomkatastrophe auch eintreten kann, ohne dass Atomwaffen eingesetzt werden, denn die Lage um die ukrainischen Atomkraftwerke ist brandgefährlich.<sup>2</sup>

Inzwischen sind in diesem Krieg Zehntausende Menschen gestorben, von den vielen Verletzten und Traumatisierten noch gar nicht zu sprechen; Millionen sind auf der Flucht (zum großen Teil im Ausland) und auch nach einem halben Jahr ist kein Ende abzusehen. Im Gegenteil: Die Kriegsrhetorik beider Seiten und vor allem das militärische Geschehen und die weiterlaufenden Waffenlieferungen sprechen eine klare Sprache: Der Kreml wie auch das Regime in Kiew denken nicht an die Aufnahme von Friedensgesprächen oder wenigstens an einen Waffenstillstand. Dass die Selenskyj-Regierung dabei einen nationalistischen Widerstandsmythos pflegt, kommt der NATO nur gelegen, denn in der Ukraine wird *auch* ein Stellvertreterkrieg geführt, der für die NATO extrem attraktiv ist: Es müssen keine eigenen Soldaten eingesetzt und dann in Zinksärgen nach Hause gebracht werden. Das Kanonenfutter – für die geopolitischen Interessen des US-geführten westlichen Imperialismus und für die Interessen der Waffenindustrie – stellen die Menschen in der Ukraine. Und wir wollen auch festhalten: Deutsche Unternehmen verdienen seit Jahren mit Lieferungen militärisch nutzbarer Güter an Russland.<sup>3</sup>

Angesichts der realen Kräfteverhältnisse auf dem ukrainischen Schlachtfeld und der weiterhin gewaltigen Zerstörungskraft ferngesteuerter Massenvernichtungswaf-

fen auf Seiten der russischen Armee bedeutet die Lieferung von Waffen aus dem Westen nur eins: Damit wird Öl ins Feuer gegossen, und dem Kiewer Regime weiterhin die Illusion gestärkt, es könne die Invasionsarmee restlos aus dem Land treiben. Das führt unweigerlich zur Verlängerung des Kriegs. Auch eine weitere Eskalation über die Ukraine hinaus wird damit vorangetrieben. Dies ist eine mörderische Politik und durch nichts zu rechtfertigen.

### Kein „gerechter Krieg“

So sehr wir für die Unterstützung der vom Krieg heimgesuchten ukrainischen Bevölkerung eintreten und uns an der materiellen Hilfe im Rahmen unserer eigenen Möglichkeiten selbst beteiligen, so müssen wir doch festhalten:

■ Es kann und darf nicht darum gehen, das ukrainische Regime zu stützen, das in seinem undemokratischen und arbeiterfeindlichen Charakter dem russischen Regime nicht sehr viel nachsteht. In beiden Ländern herrscht das Kapital unerbittlich (gemeinhin als oligarchische Kapitalismus-Variante bezeichnet). In beiden Ländern haben sich die herrschenden Eliten den Reichtum des Landes unter den Nagel gerissen und treten Menschenrechte und demokratische Freiheiten mit Füßen. Die mangelnde Demokratie in der Ukraine mildert natürlich nicht die Verantwortung des Kremls für diesen verbrecherischen Krieg.

■ Die Entscheidung des Kiewer Regimes – angefeuert vom Westen und vor allem von der US-Regierung<sup>4</sup> – auf die bewaffnete Invasion mit bewaffnetem Widerstand zu reagieren, halten wir für falsch. Damit wenden wir uns nicht prinzipiell gegen bewaffneten Widerstand: So hat beispielsweise die kubanische Bevölkerung die US-gesteuerte Invasion von Söldnern in der Schweinebucht sehr wohl und zu Recht bewaffnet abgewehrt. Auch der Widerstand der YPG gegen das Assad-Regime und gegen die türkische Armee halten wir für richtig und für ein positives Gegenbeispiel. Aber der Krieg in der Ukraine findet unter ganz anderen Voraussetzungen, anderen Kräfteverhältnissen und dramatischen (auch atomaren) Eskalationsgefahren statt.

Die Bilanz des Krieges nach 6 Monaten ist verheerend: Zehntausende Tote (und das Sterben nimmt kein Ende, und zwar auf beiden Seiten), unzählige Verletzte, Millionen Geflüchtete und zerrissene Familien; zerstörte Häuser und Wohnungen; über weite Strecken zerstörte Infrastruktur; ökologische Verwüstungen ...

Natürlich entscheidet die ukrainische Bevölkerung selbst, ob sie die Fortführung des Kriegs mitträgt. Aber das enthebt uns nicht der Pflicht, selbst offen und ehrlich zu

sagen, was wir für richtig und was wir für schädlich und kontraproduktiv halten.

Auch die mittel- und längerfristigen politischen Folgen einer Fortführung des Kriegs dürfen nicht aus dem Auge verloren werden. Denn: Wie soll eine Verständigung zwischen den Bevölkerungen beider Länder zustande kommen, wenn der Krieg endlos weiter wütet?

### Wofür wir eintreten

Aufgrund er o. g. Zusammenhänge ist auch der „Verteidigungskrieg“ – einschließlich der von der Regierung angeordneten Generalmobilmachung – politisch und moralisch nicht zu rechtfertigen. Oberstes Gebot muss die Wahrung von Menschenleben und die Verständigung mit der russischen und der russländischen Bevölkerung sein. Demgegenüber ist die Verteidigung einer staatlichen Unabhängigkeit oder gar die Stützung des Kiewer Regimes (und seiner „Westorientierung“) kein zu rechtfertigendes Ziel, das die genannten Opfer rechtfertigen könnte, von der Eskalationsgefahr noch gar nicht zu sprechen. Deswegen treten wir für folgende Ziele und politischen Perspektiven ein:

- Nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, dass in diesem Krieg drei Seiten involviert sind – Russland, die Ukraine und die US-geführte NATO – ist klar, dass weitere Waffenlieferungen nur zur Verlängerung des Kriegs führen. Deshalb muss für die Friedensbewegung im Westen der Aufbau einer Bewegung gegen Waffenlieferungen zum dringlichsten Gebot werden. Vor allem in den Gewerkschaften muss die Debatte vorangetrieben werden mit dem Ziel, sie zu einem aktiven Teil der Friedensbewegung zu machen.

- Für die hier im Land angekommenen Geflüchteten muss – unabhängig von den von öffentlichen Stellen gewährten Unterstützungsmaßnahmen – auch von der Friedensbewegung, den humanitären und den linken Organisationen konkrete Hilfe organisiert werden. Nach menschlichen Maßstäben steht diese Hilfe auch den Geflüchteten aus anderen Regionen der Welt zu. Doch die Politik der Regierung wird nicht von humanitären Motiven bestimmt. Ihr vorrangiges Ziel ist es, im Einklang mit der NATO-Linie Russland zu schwächen.

- Die Hilfe für die Geflüchteten gilt es nach Möglichkeit auch für die Bevölkerung in der Ukraine zu organisieren, wozu Patenschaften (etwa von Belegschaften seitens hiesiger Betriebe) eine große Rolle spielen können.

- Die ukrainische und die russische wie auch die belarussische Widerstandsbewegung gegen den Krieg

müssen politisch und materiell unterstützt werden. Dabei gilt es beispielsweise den Schienenkrieg bekannt zu machen, der von den hiesigen Medien völlig ignoriert wird.<sup>5</sup>

- Zur politischen Orientierung der zu unterstützen- den Antikriegsbewegung sollte Klarheit herrschen. Jurij Scheljaschenko hat Recht, wenn er sagt: „Wenn wir über gewaltlosen Widerstand gegen das Militär sprechen, sollten wir verstehen, dass jene, die den Frieden lieben, sich nicht nur dem angreifenden Militär widersetzen. Vielmehr setzen sie sich gleichzeitig auch gegen das verteidigende Militär ein. Die Opfer dieses Krieges sind Zivilisten auf beiden Seiten der Fronten. Damit meine ich nicht nur direkte Opfer der Kampfhandlungen, sondern auch jene, die Angst ausgesetzt sind, von Kriegspropaganda getäuscht oder vom Staat gezwungen werden, sich an den Kriegsanstrengungen zu beteiligen. Zurzeit sind davon offensichtlich die Ukrainer mehr als die Russen betroffen, was daran liegt, dass es in Russland noch keine Generalmobilmachung gibt.“<sup>6</sup>

- Daraus ergibt sich auch, dass wir die Deserteure nicht nur aus Belarus<sup>7</sup> und Russland, sondern auch diejenigen aus der Ukraine verteidigen und für ihre Unterstützung eintreten. Auch sie haben das Menschenrecht auf Asyl, und dieses Recht gilt es durchzusetzen.

- Insgesamt gilt in der Ukraine unsere politische Sympathie allen Kräften, die sich für den sozialen Widerstand entschieden haben und sich dafür starkmachen. Die Kampfformen des zivilen Widerstands sind klar definiert: Verweigerung der Zusammenarbeit mit der Besatzungsmacht, Kundgebungen, Demonstrationen, Streiks, gegebenenfalls auch Sabotageaktionen gegenüber den materiellen Mitteln der Repressionskräfte.

Was wären die Folgen einer Strategie des sozialen Widerstands?

Zunächst gilt es festzuhalten: Es sollte keine Illusionen in die Leichtigkeit des sozialen Widerstands geben. Das russische Regime ist nicht nur repressiv und imperialistisch, sondern weist ohne jeden Zweifel alle Merkmale einer brutalen Diktatur mit faschistischen Zügen auf, auch wenn es keine faschistische Massenbewegung gibt, die mit SA und SS vergleichbar wäre.

Es gibt natürlich keine Garantie dafür, dass mit der Strategie der Organisation zivilen Ungehorsams gar keine Menschen mehr sterben und es lässt sich selbstverständlich nicht vorhersagen, wann die Regierung im Krenl einknickt und seine Truppen aus der Ukraine (oder aus

dem größten Teil der Ukraine) zurückzieht. Nur Folgendes sollte klar sein:

**A** Das massenhafte Sterben hätte erst mal ein Ende bzw. wäre – wie 1968 in der Tschechoslowakei – gar nicht erst eingetreten. Die Millionen im Inland und ins Ausland Geflohenen könnten zurückkehren, ohne um ihr Leben fürchten zu müssen (schließlich sind sie genau aus diesem Grund geflohen). Die Zerstörungen von Wohnungen und Infrastruktur würden enden und – nicht zuletzt – die Gefahr einer atomaren Verseuchung im Gefolge eines GAU könnte gemindert werden, von den sonstigen ökologischen Schäden des Kriegs noch gar nicht zu reden. Auch die Eskalation des Krieges (über die Ukraine hinaus) wäre erst mal abgewendet.

**B** Je länger der Krieg andauert, umso mehr blutet die ukrainische Bevölkerung physisch und politisch aus. Genau dies ist in den beiden langjährigen Tschetschenien-Kriegen mit 75 – 80 000 Toten geschehen. Auf dieser Grundlage kann der Schlächter Kadyrow heute ganz anders herrschen, als wenn es noch eine physisch und politisch halbwegs unversehrte und funktionstüchtige Zivilbevölkerung gäbe.

**C** Die militärischen/repressiven und erst recht die politischen Möglichkeiten des Kremls sind nicht unbegrenzt. Ist die Bevölkerung in dem besetzten Land nicht physisch und politisch ausgeblutet, dann kann sie sich so organisieren, dass ein normales Regieren (etwa mithilfe einer Marionette) auf Dauer unmöglich wird. Eine solche Strategie ist in jedem Fall auch die bessere Voraussetzung, um sich mit der russländischen Widerstandsbewegung zu verbinden und um auf den Sturz mindestens Putins hinzuarbeiten.

Alle Aktivitäten und konkreten Hilfen seitens der Friedensbewegung – so notwendig sie sind – werden in der gegebenen Lage allerdings eine Aufgabe nicht ersetzen können: Auf den verschiedensten Ebenen muss Druck aus der Bevölkerung in allen Ländern der drei beteiligten Kriegsparteien aufgebaut werden, um unverzügliche Gespräche – ohne jegliche Vorbedingungen! – über einen Waffenstillstand zu fordern. Der Druck von unten wird

dann am wirksamsten sein, wenn er mit konkreten Aktivitäten – bis hin zu Streiks – verbunden ist. Dafür sollten wir uns einsetzen.

Ortsgruppe Mainz-Wiesbaden, 28.7.2022

Auf der Bundeskonferenz der ISO mit 17 Stimmen dafür, 32 dagegen und 16 Enthaltungen abgelehnt

**1** Im Jahr 2013 erklärte die damalige stellvertretende US-Außenministerin für europäische und eurasische Angelegenheiten, Victoria Nuland, dass die Vereinigten Staaten 5 Milliarden Dollar ausgegeben haben, um die Ukraine bei der Annäherung an die EU und bei anderen Zielen zu unterstützen. Die Waffenlieferungen nahmen nach Abschluss des Minsker Abkommens drastisch zu. Siehe auch: <https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/520778/Ukraine-Krieg-USA-und-Nato-sind-staerker-involviert-als-oeffentlich-bekannt-ist> sowie: <https://web.de/magazine/politik/russland-krieg-ukraine/westen-ukraine-verborgen-unters-tuetzt-37055130>

**2** Zur genaueren Begründung siehe Angela Wolff: „Vom Schock zum nuklearen Rollback? Warum der Krieg in der Ukraine auch ohne Atomwaffen ein ‚Atomkrieg‘ werden könnte und ein Uran-Embargo bisher unter den Tisch fällt“ in: Lunapark<sup>21</sup>, Heft 58 (Sommer 2022) S. 60.

**3** <https://www.welt.de/politik/deutschland/article236869121/Umstrittene-Exporte-Deutsche-Unternehmen-lieferten-militaerisch-nutzbare-Gueter-fuer-Russland.html>

**4** Siehe die einschlägigen Äußerungen des US-Verteidigungsministers Austin, der in Kiew erklärte, dass Russland so weit geschwächt werden soll, „dass es die Dinge, die es beim Einmarsch in die Ukraine getan hat, nicht mehr tun kann“.

**5** Siehe die umfangreiche Berichterstattung zu den teils sehr erfolgreichen Sabotageaktionen in Belarus und in Russland <https://theins.ru/en/politics/252885> sowie etwa <https://www.n-tv.de/politik/Drei-Eisenbahn-Partisanen-droht-die-Todesstrafe-article23434892.html>

**6** Interview mit Jurij Scheljaschenko in der *Wiener Zeitung* vom 17.6.2022, <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/europa/2151177-Mehr-Waffen-bedeuten-mehr-Blut-vergiessen.html>

**7** Tausende junger Männer haben sich in Belarus durch eine Flucht nach Litauen der Einberufung entzogen, andere, die schon rekrutiert waren, sind in der Ukraine desertiert.



# Es geht nicht um Strafe, sondern um Verhaltensänderung – Über den Umgang mit geschlechtsspezifischer Gewalt in der ISO

## Resolution der Bundeskonferenz

### ■ Arbeitsgruppen Frauen der ISO

Gewalt gegen Frauen gibt es nicht nur in Paarbeziehungen oder in der Familie, es gibt sie auch am Arbeitsplatz und in Organisationen. Auch in linken Organisationen und fortschrittlichen Bewegungen gibt es Fälle von sexualisierter Gewalt, werden Mitglieder solcher Taten beschuldigt. Eine Reihe von Organisationen wurde unvorbereitet damit konfrontiert, fand keinen angemessenen Umgang damit und mit den unmittelbar Beteiligten und zerbrach an dem daraus folgenden Konflikt.

Wir haben uns auf die Frage konzentriert: Was können / würden wir in einem solchen Fall tun? Wir meinen, dass diese Debatte auch für unsere Organisation von Interesse ist, und machen deshalb einen ersten Aufschlag zur Diskussion.

#### I.

Geschlechtsspezifische Gewalt ist eine Form von Machtdemonstration und Machtmissbrauch. Wenn zur Ausübung von Gewalt Sexualität funktionalisiert wird, handelt es sich um sexualisierte Gewalt. Nicht immer ist die gewaltausübende Person männlich und die betroffene Person eine Frau – aber in der weit überwiegenden Zahl der Fälle. Nicht selten nutzen Männer in Machtpositionen ihre Überlegenheit aus. Wenn zum Beispiel ein angesehenes, erfahrenes Leitungsmitglied gegenüber einem weiblichen Neumitglied übergriffig wird, so ist der übliche Reflex anderer (insbesondere) männlicher Mitglieder, das Leitungsmitglied in Schutz zu nehmen, der Frau die Glaubwürdigkeit abzusprechen oder den Vorfall kleinzureden.

Häufig gibt es keine Zeug:innen für die Tat, nur die Aussagen der Beteiligten. Die Gefahr ist groß, dass die Betroffene durch unsensible Befragungen und öffentliche Verächtlichmachung durch den Aggressor ein zweites Mal zum Opfer wird und die Tat ungesühnt bleibt. Auch in

linken Organisationen und Bewegungen. Vor allem bleibt die Betroffene auch in Zukunft ungeschützt. Am Ende kann der Aggressor wie gehabt politisch aktiv sein, und die Geschädigte muss gehen.

Wenn die betroffene Person die Tat nicht beweisen kann, hilft es ihr auch nicht, zur Polizei zu gehen oder zu klagen. Der Staat hätte zwar viele Möglichkeiten zu handeln – bspw. indem er ausreichend Schutzräume für Opfer von Gewalt zur Verfügung stellt. Tatsächlich tut er es nicht. Im Gegenteil, staatliche Stellen sind oft Teil des Problems, indem sie Gewaltopfern erneut Gewalt oder Repression zufügen.

Sowohl der Staat als häufig leider auch linke Organisationen und Bewegungen sehen keinen Handlungsbedarf, wenn die Betroffene die Tat nicht beweisen kann. Sie schützen faktisch den Aggressor und lassen die Betroffene mit der erlittenen Gewalt und all ihren Folgen allein.

So stellt sich auch uns die Frage, ob es jenseits von Polizei und Gerichten und zu beweisender Schuld weitere Möglichkeiten gibt, gegen sexualisierte Gewalt vorzugehen.

#### Zwei Konzepte

Um dem Schutzbedürfnis Rechnung zu tragen, haben Feministinnen das Konzept der Definitionsmacht entwickelt: Unterstellt wird, dass jeder Vorwurf sexualisierter Gewalt berechtigt ist. Der sehr geringe Prozentsatz unberechtigter Vorwürfe sei zu vernachlässigen. Was passiert ist, könne nur das Gewaltopfer selbst definieren, ebenso wie die nötigen Schritte, die nach der Tat von der Gruppe oder der Bewegung zu ergreifen sind. Diese Position stützt sich auf die Tatsache, dass in der überwältigenden Zahl der Fälle Männer die Täter und Frauen die Opfer sind, und Frauen, die gegen den Täter vorgehen wollen, sich erneut als schwach und hilflos erleben.

Für den Beschuldigten bedeutet dieses Konzept gegebenenfalls, dass er den linken Zusammenhang verlassen muss. Was bei einem gravierenden Übergriff auch angemessen wäre. Problematisch ist allerdings, dass es nicht vorsieht, dass der Beschuldigte seine Sicht darstellen kann. Eine Untersuchung des Falls findet nicht statt, eine Unschuldsvermutung gibt es nicht. Denn es handelt sich dabei nicht um ein Gerichtsverfahren, sondern um ein Schutzkonzept für das Opfer. Der „Kollateralschaden“, dass auch mal ein Mann zu Unrecht beschuldigt wird, wird in Kauf genommen.

In einem Verfahren, in dem der Vorwurf einer betroffenen Person immer als zutreffend gilt und nur sie allein darüber entscheiden kann, welche Konsequenzen die Tat haben soll, ist sie weitgehend geschützt vor dem Aggressor und vor Retraumatisierung. Zumindest theoretisch. Denn ein solches Verfahren ist repressiv und eher gewaltfördernd. In der Praxis führt diese „schnelle Lösung“ mit hoher Wahrscheinlichkeit zu weiteren Auseinandersetzungen. Der Beschuldigte hat keine Möglichkeit, sich zu erklären oder einen unzutreffenden Vorwurf zurückzuweisen. Sanktionen aber zu verhängen, ohne dass eine Schuld nachgewiesen wurde, ist ein Verstoß gegen den Grundsatz der Unschuldsvermutung. Was geschehen ist, kann nicht aufgearbeitet werden.

### **Oberstes Ziel: Verhaltensänderung**

Jedoch kommen wir auch mit dem Prinzip der Unschuldsvermutung allein nicht weiter. Denn wie oben beschrieben bedeutet das Fehlen eines Beweises noch lange nicht, dass kein Übergriff stattgefunden hat.

Da bietet sich ein anderes Konzept an, das der Transformativen Gerechtigkeit. Auch dies ist ein feministisches Konzept. Auch hier geht es nicht um Schuld und Sühne. Aber hier wird versucht, den Sachverhalt aufzuklären. Das Ziel ist nicht die Bestrafung, sondern – wenn möglich – die Lösung des Konflikts, die Wiedergutmachung gegenüber der betroffenen Person und eine Verhaltensänderung der gewaltausübenden Person. Die transformative Gerechtigkeit ist ein politischer Rahmen und Ansatz, um auf Gewalt, Schaden und Missbrauch zu reagieren. Im Grunde versucht das Konzept, auf Gewalt zu reagieren, ohne mehr Gewalt zu schaffen, und sich für Schadensminderung zu engagieren, um die Gewalt innerhalb einer Gemeinschaft zu verringern.

Das Netzwerk INCITE!, das es ausgearbeitet hat, nennt Grundpfeiler eines solchen Prozesses:

**1** Kollektive Unterstützung, Sicherheit und Selbstbestimmung für betroffene Personen;

**2** Verantwortung und Verhaltensänderung der gewaltausübenden Person

**3** Entwicklung der Community hin zu Werten und Praktiken, die gegen Gewalt und Unterdrückung gerichtet sind;

**4** Strukturelle, politische Veränderungen der Bedingungen, die Gewalt ermöglichen.

Ein solches Konzept kann sowohl vor falschen Anschuldigungen als auch vor einem „Weiter so“ nach einem unbewiesenen Vorwurf schützen. Denn wenn eine beschuldigte Person die Anschuldigung zurückweist und keine Verantwortung für eine Tat übernehmen will, die sie nicht begangen hat, ihre Unschuld aber auch nicht beweisen kann – dann ist ein Verfahren, das sich an ein Gerichtsverfahren anlehnt, also auf Strafe abzielt, am Ende. Ein Konzept „Transformative Gerechtigkeit“ aber greift auch hier.

### **Anforderungen an die Organisation**

Ein Verfahren gemäß den Grundsätzen der Transformativen Gerechtigkeit stellt hohe Anforderungen an eine Bewegung oder Organisation.

Zunächst einmal besteht ein vordergründiger Konflikt zwischen dem Anliegen, die Gruppe zu schützen, und dem Schutz der betroffenen Person sowie ihrem Recht auf Aufklärung des Sachverhalts. Dies zeigt sich in aller Regel in dem Bedürfnis, das Thema möglichst schnell vom Tisch zu bringen, was den Betroffenen nicht gerecht wird. Es ist deshalb nützlich, ein gemeinsam entwickeltes, formales Verfahren zum Umgang mit solchen Fällen zu entwickeln, das den Betroffenen hilft und der Gruppe erlaubt weiterzuarbeiten.

■ An erster Stelle muss immer die Aufgabe stehen, die betroffene Person in jedem Fall zu schützen und zu unterstützen.

■ Es muss die Möglichkeit geben, eine Beschuldigung zurückzuweisen, deshalb ist die Sicht aller beteiligten Personen zu berücksichtigen.

■ Das Ziel der Untersuchung ist nicht, den Täter zu bestrafen, sondern eine Verhaltensänderung zu bewirken. Es geht nicht in erster Linie um Schuld und Strafe, sondern um Schutz und um die Änderung von Verhalten. Bei gefährlichen Personen bleibt allerdings der Ausschluss eine Option.

■ Im übrigen richtet sich ein solches Verfahren nicht nur an die unmittelbar Beteiligten. Auch die Struktur, in der sich ein Vorfall ereignet, muss als Ganzes in den Blick genommen werden. Es muss ein gemeinsamer Lernprozess



angestoßen werden. Je größer das Problembewusstsein für geschlechtsspezifische Gewalt ist, desto geringer die Wahrscheinlichkeit, dass sie in der Organisation oder Bewegung ausgeübt wird. Für das Klima in solchen Strukturen sind alle ihre Mitglieder und Aktiven verantwortlich. Sie können durch das Tolerieren oder Ignorieren von Gewalt mitverantwortlich sein für die Tat eines Mitglieds.

Es ist auch nicht immer sinnvoll, von „Schuld“ zu sprechen. Auch Verletzungen, die jemandem unbeabsichtigt zugefügt wurden, sind Verletzungen und sollen thematisiert werden.

■ Kampagnen oder Organisationen, die länger zusammenarbeiten, sollten von Anfang an interne Strukturen einrichten, die mit geeigneten Personen besetzt sind und sich eines Vorfalls sofort annehmen können. Denn es ist wichtig, schnell zu reagieren – zum Schutz der betroffenen Person und um eine Eskalation der Situation zu vermeiden.

■ Last not least spielt es eine große Rolle, wer zu welchem Zeitpunkt welche Informationen an die Öffentlichkeit bringt. Auch deshalb ist es wichtig, dass eine solche Struktur das Vertrauen aller genießt.

Es ist klar, dass ein solches Verfahren keine technische Übung sein kann. Es erfordert eine immer wiederkehrende Auseinandersetzung mit Gewalt gegen Frauen in linken Zusammenhängen und den gemeinsamen Willen, daran zu arbeiten. Für die Feminisierung linker Zusammenhänge und die Bewusstwerdung der strukturellen Unterdrückung von Frauen wäre es aber ein großer Fortschritt.

## II.

### a. Die Organisationskultur

Der beste Schutz der Organisation und ihrer Mitglieder ist, dass es gar nicht erst zu einem Fall kommt, bei dem eine Kommission tätig werden muss. Auf das Organisationsstatut allein können wir uns nicht verlassen. Wenn die Organisation in einer Krise und das Vertrauen untereinander ins Wanken geraten ist, ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass die Statuten nicht mehr von allen beachtet werden. Parallel zur Erarbeitung eines Verfahrens zum Umgang mit geschlechtsspezifischer Gewalt sollten wir daher präventiv arbeiten und uns neben Schulungen auch mit unserer Organisationskultur auseinandersetzen.

Geschlechtsspezifische Gewalt ist eine Form von Machtmissbrauch. Darum ist es kein Zufall, dass gewaltausübende Personen häufig angesehene Leitungsmitglieder sind. Es sollte aber keinen unterschiedlichen Maßstab für „wichtige“ und „weniger wichtige“ Genoss:innen geben.

Für gemeinsame Lernprozesse ist ein repressionsfreies Klima wichtig, gegenseitiges Vertrauen, eine klare, offene Kommunikation, das Wissen um Hierarchien, das Bemühen um die Herstellung von Chancengleichheit. Die Organisation sollte ein geschützter Rahmen, aber keine auf sich selbst bezogene Blase sein. Wir brauchen Solidarität, keinen Korpsgeist. Probleme dürfen nicht unter den Teppich gekehrt werden. Fehler passieren allen, wir lernen aus ihnen gemeinsam. Kritik sollte konstruktiv eingebracht und nicht als Vernichtungsversuch wahrgenommen werden.

Zwar erscheint es notwendig, eine Kommission einzurichten, an die die Behandlung solcher Fälle delegiert wird, es ist aber nicht hinreichend. Für einen inakzeptablen Umgang miteinander sind nicht nur die unmittelbar Beteiligten verantwortlich. Für das Organisationsklima sorgen alle Mitglieder gemeinsam.

### b. Die Sprache

Wenn wir ein Verfahren erarbeiten, sollten wir genau überlegen, welche Begriffe wir nutzen und warum. Denn hinter jedem Begriff steht ein bestimmtes Bild, und wir treffen unterschiedliche Aussagen, wenn wir gendern oder es nicht tun. Wir müssen es mit der Sprache genau nehmen. Die Begriffe „Opfer“, „Betroffene“ und „betroffene Person“ werden häufig synonym verwandt. Ebenso die Begriffe „Täter“, „Aggressor“ oder „gewaltausübende Person“. Teilweise werden also geschlechtsneutrale Begriffe genutzt, teilweise nicht.

Wir sollten unterscheiden zwischen geschlechtsspezifischer Gewalt, sexualisierter Gewalt, Belästigung, Übergriff etc. und definieren, was wir damit meinen. Damit wir sicher sind, dass wir alle von denselben Bedeutungen dieser Begriffe ausgehen.

### c. Ein gestuftes Verfahren erarbeiten

Es gibt nicht eine Lösung für alle Fälle von geschlechtsspezifischer Gewalt. Wir müssen daher verschiedene Formen von Übertretungen und Verstößen klar unterscheiden und benennen, was unterschiedliche Konsequenzen sein können. Die Prioritäten bleiben dieselben, um die Opfer zu schützen und einen Prozess zur Wiederherstellung der Gerechtigkeit in der Organisation zu garantieren.

### d. Die Kommission

Wir wollen eine Kommission für geschlechtsspezifische Gewalt einrichten. Sie soll sich künftig an Stelle der Beschwerdekommision mit „Vorwürfen, die sexuelle Übergriffe und patriarchalische Gewalt“ betreffen, befassen.

Die Stellung der Kommission in der Organisation und das Verhältnis zu anderen Gremien muss geklärt werden.

Wie die Beschwerdekommision sollte auch die Kommission für geschlechtsspezifische Gewalt von der Bundeskonferenz gewählt werden und „aus mindestens drei Mitgliedern [bestehen], die nicht Mitglieder der Koordination“ sein sollten und „in keinem finanziellen Abhängigkeitsverhältnis zur ISO stehen“.

Es sollten vorrangig Frauen sowie auch LGBTQ in der Kommission sein. Denn die Aufgaben einer Kommission für geschlechtsspezifische Gewalt unterscheiden sich zum Teil von den Aufgaben einer Beschwerdekommision.

Es sollten sich auch Nichtmitglieder an die Kommission wenden können, die ein Mitglied geschlechtsspezifischer Gewalt beschuldigen.

Wir stellen folgendes Verfahren zur Diskussion:

**1** Die Kommission wird aktiv, sobald ihr ein entsprechender Fall bekannt wird. Ihre erste Aufgabe ist, die betroffene Person zu schützen und ihr zu ermöglichen, weiter politisch aktiv zu sein. Sie sorgt dafür, dass die Organisation hierfür Ressourcen zur Verfügung stellt. Sie ermittelt den Sachverhalt und hört die Beteiligten an. Sie legt die Art des Verfahrens fest, wie die beschuldigte Person Verantwortung für ihr Tun übernehmen soll, und führt es durch.

**2** Es muss geklärt werden, wie die Kommission ansprechbar ist: Eine Sprecherin plus Vertretung, die von der Kommission bestimmt werden, sind Ansprechpartner:innen für die Leitung und für die Mitglieder und für alle, die der Kommission einen Fall melden wollen. Hierfür gibt es eine gleichbleibende Email-Adresse, die von den Beauftragten abgerufen wird. Da mit „alle“ auch Nichtmitglieder gemeint sind, sollte die Adresse auf der Website der ISO stehen.

Betroffene können zur ersten Kontaktaufnahme alternativ das Mitglied der Kommission ihrer Wahl ansprechen. Dafür müssen intern die E-Mail-Adressen der Kommissionsmitglieder bekannt sein.

**3** Die Kommission benötigt von der Organisation neben der Beschreibung ihrer Aufgaben, ihrer Rechte und Pflichten auch eine möglichst klare Vorgabe des Rahmens, innerhalb dessen sie tätig werden kann. Dieser soll auch die Definition der Begriffe festlegen, die in dieser Vorgabe verwandt werden.

**4** Die Kommission berichtet vor anderen Gremien über ihre Arbeit.

Sie dokumentiert ihre Arbeit, damit die künftige Tätigkeit auf den Erfahrungen aufbauen kann.

**5** Die Beschwerdekommision der ISO hat nur ein Vorschlagsrecht, die Entscheidung liegt bei den „Ortsgruppen

oder im Fall von Mitgliedern an Orten, an denen es keine Ortsgruppen gibt, die Koordination. Bei überörtlichen Streitigkeiten entscheidet ebenfalls die Koordination“.

Dass Sanktionen bis zur nächsten BuKo nicht in Kraft treten, wenn das Votum der Beschwerdekommision und das Votum des zuständigen Gremiums nicht übereinstimmen, ist allgemein richtig, in Fällen geschlechtsspezifischer Gewalt muss die Folge jedoch eine andere sein, weil die Zeit bis zur Bundeskonferenz mitunter ungebührlich lang sein kann. Es sollte deshalb geprüft werden, ob eine Kommission, die sich neutral mit einem Konflikt befasst und sich gründlich mit den Fakten auseinandergesetzt hat, nicht auch die Entscheidungskompetenz haben sollte.

Ebenfalls sollte geprüft werden, ob an eine letztinstanzliche Entscheidung der Bundeskonferenz nicht Voraussetzungen geknüpft werden müssen. Vor allem ein angemessener Zeitrahmen bei der Konferenz für die möglichst wertfreie Information der Mitglieder erscheint unabdinglich. Andernfalls besteht die Gefahr, dass Entscheidungen auf der Konferenz nicht auf der Grundlage von Fakten, sondern aus dem Bauch heraus gefällt werden.

## **e. Schulungen**

Zur Prävention von Gewalt benötigen wir Schulungen, z.B. zur Sensibilisierung der Mitglieder für real existierende Ungleichheit in der Organisation, zu Folgen ignorierte Machtgefälle sowie Möglichkeiten, sie zu überwinden, und was vor diesem Hintergrund „Einwilligung“ bedeutet. Diese Schulungen sind eine Aufgabe der Gesamtorganisation, sollen also in die Arbeit bestehender Strukturen (Leitung, AG Bildung) integriert werden.

Die Kommission soll bei der Planung und Durchführung der Schulungen zur Beratung und Unterstützung hinzugezogen werden, um das Verständnis innerhalb der Organisation und in ihrem Umfeld dafür stärken, dass geschlechtsspezifische Gewalt in einem patriarchalischen System verwurzelt ist, das in den Kapitalismus integriert ist.

## **III.**

Was möchten wir mit diesem Diskussionsbeitrag erreichen?

### **a) Die Diskussion anstoßen**

Wir möchten mit diesem Text eine intensive Diskussion innerhalb der ISO zum Thema „geschlechtsspezifische Gewalt“ und damit notwendigerweise auch zu unserer Organisationskultur anstoßen. Unser Anliegen ist, dass der

Beitrag sowohl in der Leitung als auch in den Ortsgruppen diskutiert wird.

Wichtig ist uns hierbei, das Bild vom „Täter“ als einer abscheuerregenden Person, die außerhalb unserer Reihen steht, zu hinterfragen. Wir wollen innerhalb der ISO die Sensibilität für Ungleichgewichte von Macht fördern, die den Boden bilden für Machtmissbrauch. Macht kann auf unterschiedliche Weise missbraucht werden, zum Beispiel durch die Ausübung sexualisierter Gewalt.

Unser erstes Ziel ist nicht die Bestrafung solcher Taten oder gar Disziplinierung, sondern nachhaltige Verhaltensänderungen.

Wir wollen den Blick dafür öffnen, dass uns die Dämonisierung und Ausgrenzung von „Tätern“ nicht weiter bringen, weil Machtmissbrauch und Gewalt im alltäglichen Verhalten ganz normaler Genoss:innen gründen. Es wäre für unsere Organisationskultur und damit für uns alle nützlich, wenn wir interne Machtgefälle erkennen und entschärfen sowie eigenes gewaltförderndes Verhalten nicht verschämt verleugnen und verstecken, sondern uns damit konstruktiv auseinandersetzen würden.

#### **b) Eine Vorlage bei der nächsten BuKo zur Abstimmung stellen**

Die Ergebnisse der Diskussionen sollen in einen Beitrag fließen, der bei der BuKo zur Abstimmung gestellt wird.

Unsere Intention ist, auf diesem Weg sowohl zu einer gemeinsamen Einschätzung zum Charakter von geschlechtsspezifischer Gewalt zu kommen, als auch erste, konkrete Schritte zu beschließen, die der Prävention von Gewalt und der Fortsetzung der Diskussion dienen.

#### **c) Statutenänderung auf der nächsten BuKo**

Um das erarbeitete Konzept umsetzen zu können, muss die „Kommission gegen geschlechtsspezifische Gewalt“ in den Statuten der ISO verankert werden.

#### **d) Weiterarbeit an einem Konzept zum Umgang mit geschlechtsspezifischer Gewalt**

Nach der BuKo möchten wir die Diskussion weiterführen, um zu einem schlüssigen und breit getragenen Konzept zum Umgang mit geschlechtsspezifischer Gewalt innerhalb der ISO zu kommen. Die Anwendung geschlechtsspezifischer Gewalt muss Konsequenzen haben. Welche sollen es sein, auch unter Berücksichtigung der Schwere von denkbaren Fällen?

17.3.2022

Auf der 4. Bundeskonferenz der ISO mit 60 Stimmen dafür, 0 dagegen und 8 Enthaltungen angenommen



## Einrichtung einer Vertrauenskommission im Aufbau Resolution der Bundeskonferenz

(1) Es wird eine Kommission eingerichtet, die sich mit Vorkommnissen von Gewalt im Umgang der Genoss\*innen der ISO miteinander befasst. Vornehmlich, aber nicht nur, geht es dabei um sexualisierte Gewalt.

(2) Die Kommission wird von der Bundeskonferenz gewählt. Sie muss eine ungerade Zahl und mindestens drei Mitglieder haben. Sie sollte möglichst mehrheitlich aus FLINTA\* bestehen. Wünschenswert ist, dass ihre Mitglieder nicht gleichzeitig Mitglieder der Koordination sind und in keinem finanziellen Abhängigkeitsverhältnis zur ISO stehen.

(3) Zusammensetzung, Zuständigkeiten und Arbeitsweise der Kommission werden in einer Arbeitsgrundlage festgehalten. Sie ist von der Vertrauenskommission im Aufbau in Zusammenarbeit mit der AG Frauen und der Koordination auszuarbeiten und von der Koordination zu beschließen.

(4) Bei Vorkommnissen von Gewalt im Umgang zwischen

Genoss\*innen wird die Vertrauenskommission im Aufbau angerufen. Diese gibt Empfehlungen ab.

Sofern Entscheidungen erforderlich sind, werden diese auf demselben Weg getroffen, der für die Beschwerdekommision gilt (siehe Statut, Art. 11).

Wenn in derartigen Fällen die Beschwerdekommision angerufen wird, muss sie die Vertrauenskommission im Aufbau hinzuziehen.

(5) Die Vertrauenskommission (dann nicht mehr „im Aufbau“) wird auf der nächsten Bundeskonferenz in das Statut aufgenommen.

Auf der Bundeskonferenz der ISO mit 62 Stimmen dafür, 0 dagegen und 6 Enthaltungen angenommen



---

## WEBSEITEN DER VIERTEN INTERNATIONALE

---

(frd) Die Vierten Internationale hat eine dreisprachige Webseite, auf der Texte parallel auf Englisch, Französisch und „Kastilisch“ (Spanisch) veröffentlicht werden:

<https://fourth.international/en>

<https://fourth.international/>

<https://fourth.international/es>.

Ein Kollektiv von Genoss\*innen aus Belgien, Frankreich und dem Spanischen Staat und Übersetzer\*innen aus weiteren Ländern arbeitet für diese Seite. Auf dieser Webseite werden u. a. aktuelle Verlautbarungen von Leitungsgremien der Vierten Internationale veröffentlicht, darunter Resolutionen und Erklärungen der Weltkongresse, des Internationalen Komitees, das in der Regel einmal im Jahr tagt, und des Büros der Internationale.

Hier ist unter anderem eine nach Kontinenten gegliederte Liste der Organisationen zu finden, die entweder der Vierten Internationale als Sektionen oder sympathisierende Organisationen angehören oder ihr nahestehen und solidarisch verbunden sind (beispielsweise „Socialist Alternative“ in Australien oder neben der pakistanischen Sektion die Organisation

„The Struggle) oder aber in denen Mitglieder der Vierten Internationale mitarbeiten, ohne dass die Parteien oder Organisationen als Ganze der Vierten angehören würden (was beispielsweise in Frankreich sowohl bei der Neuen Antikapitalistischen Partei NPA als auch bei Ensemble! der Fall ist).

<https://fourth.international/en/organisations>

Außer der englischsprachigen Nachrichten-Webseiten *International Viewpoint* und der gedruckten französischsprachigen Zeitschrift *Inprecor* gibt die Vierte Internationale seit April auch die Seite *Punto de vista internacional* auf Kastilisch heraus

<https://internationalviewpoint.org/>

<http://www.inprecor.fr>

<https://puntodevistainternacional.org/>

Ergänzt werden die Webseiten der Internationale und von International Viewpoint durch Facebookseiten auf Englisch, Französisch, Kastilisch (darunter <https://www.facebook.com/FourthInternational/>).

